

Sozialist

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Deklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 8.

Berlin, den 20. Februar 1910.

14. Jahrg.

Zum siebzigsten Geburtstage August Bebel's.

Unsere Zeit ist eine Zeit der Massen. Wohl tauchen aus diesen Massen alle Tage mehr oder minder leuchtende Meteore auf, sie streben aber meist nur empor, um schon nach einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit wieder zu verschwinden. Aus all den Millionen ragen nur ganz vereinzelte Persönlichkeiten hervor, die der ganzen Bewegung auf Lebenszeit hinaus ihren Stempel aufdrücken. Und zu diesen ganz Vereinzelten zählt unser alter und doch immer noch junger August Bebel an erster Stelle mit. Die sozialdemokratische Partei und August Bebel sind miteinander verbunden wie ein sich gegenseitig ergänzendes Ehepaar, das nie des Lebens härteste Stürme, das nur der Allbezwingler Tod zu scheiden vermag.

Am schönen Rheinstrom, in den Militärkasematten des heiligen Köln, als Sohn eines armen preussischen Unteroffiziers am 22. Februar 1840 geboren, hat August Bebel keine sonnige Jugendzeit erlebt. Not und Sorge standen als ständiger Begleiter schon an seiner Wiege und haben ihn bis ins reife Mannesalter hinein nie verlassen. Selber ein Proletarier, hat Bebel von vornherein nur proletarisch denken und fühlen gelernt und deshalb auch wie kein anderer schon frühzeitig die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus erfaßt und er ist ihnen trotz aller Verfolgung seitens der herrschenden Klassen treu geblieben.

Sage mir, wie viel Du Idealist bist, und ich sage Dir, was Du wert bist, sagt ein moderner Lebensgrundsatz. Nach ihm gemessen ist unser Bebel einzuschätzen und er ist nicht zu niedrig eingeschätzt. Nur ein Idealist vom reinsten Wasser und edelster, felsenfester Ueberzeugung konnte trotz aller hereinbrausenden Stürme und Verfolgungen sich immer wieder aufrichten und die Fahne der Bewegung vorantreibend mit glühender Verehrtheit die Massen des Volkes für den verfehmten und verachteten Sozialismus zu gewinnen suchen.

Die Ideale des jungen aus der Armenschule in die Welt tretenden Bebel lagen in der Gewinnung einer höheren Bildungsschule, aber die harte Not fesselte ihn an die Drehbank, er mußte Drechsler werden. Kaum ausgelernt, nahm er den Wanderstab zur Hand, um Süddeutschland zu durchqueren und gelegentlich Mitglied in den katholischen Gesellenvereinen zu Freiburg i. B. und Salzburg in Oesterreich zu werden. Später finden wir den jungen Brausekopf in den ersten Leipziger Arbeiterversammlungen, wo er aus sich heraus bald reden lernt und von da an führend an die Spitze der Arbeitervereinsbewegung tritt. Schließlich Vorsitzender des Verbandes der Arbeitervereine geworden, war er es, der auf dem Vereinstag zu Nürnberg die Arbeitervereine ins sozialistische Lager führte.

Aus diesen Arbeitervereinen heraus bildete sich später in Eisenach die sozialdemokratische Partei, deren Führung Bebel und Liebknecht übernahmen. Schon der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes sah Bebel als Abgeordneten des Wahlkreises Glauchau-Meerane und seit dieser Zeit ist Bebel ständiges Mitglied des Deutschen Reichstags geblieben, dort stets furchtlos und treu die Interessen des arbeitenden Volkes vertretend. Im Reichstage selbst wurde Bebel zum glänzendsten Redner, der der neugeborenen Reichsregierung so manche Nuß zu knacken gab.

Unvergessen bleibt ihm und Liebknecht seine Stellung zur Fortführung des französischen Krieges nach Sedan. Wie eine Meute wütender Hunde stürzte sich

damals die deutsche Bourgeoisie unter Führung Bismarcks auf die unerschrockenen Vertreter des Proletariats, doch diese wichen keinen Schritt von ihrer Ueberzeugung zurück. Dafür sperrte man dann die beiden Reden wegen Hochverrats ein paar Jahre auf die Festung, ohne sie damit müde oder wantend machen zu können.

Die deutsche Arbeiterbewegung war bis zur Mitte der siebziger Jahre in zwei Lager gespalten, deren Führer sich gegenseitig heftig befehdeten. Die Kasseleraner im allgemeinen deutschen Arbeiterverein hier, die Eisenacher unter Bebel, Liebknecht dort. Endlich sah man ein, daß der Bruderkampf unsinniger Selbstmord ist und der Kongreß zu Gotha machte im Jahre 1876 dem Streit ein Ende. Bebel hat sich dort um die Einigung der Arbeiterbewegung hoch verdient gemacht. Es war auch höchste Zeit, denn schon zog die Vera Tessendorf herauf, die „Salson“ des skrupel- und gewissenlosen Magdeburger Staatsanwalts, den Bismarck als williges Werkzeug zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung nach Berlin berufen. Das ist auch dem Tessendorf nicht geglückt, obwohl er mit den schäblichsten Mitteln unter öffentlicher Schandung der Dame Justitia arbeitete. Die Sozialisten, Bebel an der Spitze, boten auch einem Tessendorf und seinem brutalen hinterlistigen Protektor Trox.

Als Tessendorfs System zusammenbrach, sann der Blut- und Eisenmensch Bismarck auf schärfere Mittel gegen die ihm immer gefährlicher erscheinende Arbeiterbewegung. Der Schuß eines Verrückten auf den alten Wilhelm gab ihm Veranlassung zur Einbringung des Sozialistengesetzes. Erst wollten die Liberalen nicht, aber dann drückte Bismarck sie bei Neuwahlen an die Wand und nun apporportierten sie dem Gewaltmenschen das größte Schandgesetz aller Zeiten. Rückfichtslos wurde dann das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ auf die ganze, auch die unpolitische Arbeiterbewegung angewandt und all ihre Vereinigungen mit Hilfe der Polizeifantazie zertrümmert. Die Führer, unter ihnen natürlich als einer der ersten, unser Geburtstagskind Bebel, wurden ausgewiesen und wie räudige Hunde von Ort zu Ort, von Land zu Land gesteckt.

Viele wackere Kämpfer haben damals ermüdet und erschöpft den Wanderstab ergriffen, um sich jenseits des großen Teiches eine neue Heimat zu suchen. Nicht so Bebel, er blieb und kämpfte weiter. Die Wahl in den sächsischen Landtag gab ihm Gelegenheit, auch dort im Interesse des Proletariats zu wirken. Inzwischen sammelten sich die Trümmer der Partei und unermüdetlich war Bebel mit eintigen wenigen Getreuen bestrebt, die Partei so zu organisieren, daß selbst der allgewaltige Bismarck samt seiner Spitzelschar sie nicht mehr andauernd zu schädigen, oder ihren Bestand zu gefährden vermochte. Trotz aller Brutalität des Sozialistengesetzes stieg die Wählerzahl der Partei von Wahl zu Wahl um Hunderttausende, damit zugleich den Vankrott der Bismarckschen Unterdrückungspolitik herbeiführend. Und im Jahre 1890 krepierte dann das Sozialistengesetz und sein Erzeuger bekam den längst und reichlich verdienten Fußtritt.

Bismarck der Allgewaltige, vor dem die Diplomaten aller Länder zitterten, lag zerschmettert am Boden und im Deutschen Reiche wehte allein siegreich die rote Fahne. Daß es so kam, und daß die Partei so stolze Siege feiern konnte, war nicht zum wenigsten der politischen Klugheit und der zähen Ausdauer des Genossen Bebel zu verdanken.

Nach dem großen Siege der Partei über ihren Unterdrücker konnte auch die Gewerkschaftsbewegung

wieder aufleben und sich im Laufe der Zeit dann zu ungeahnter Stärke entfalten. Auch ihr hat Bebel stets die Stange gehalten, er hat sie und ihr Können nie wie andere unterschätzt und folgedessen sie auch stets als den gleichberechtigten Kampfesbruder anerkannt. Bebel hat selbst oft genug mit fördernder Hand in das Werden besonders der Berliner Gewerkschaften eingegriffen, so unter anderem bei den ersten Organisationsbestrebungen der Berliner Verkehrsangestellten im Jahre 1893.

Was Bebel in den letzten 20 Jahren als Parlamentarier im Interesse des arbeitenden Volkes geleistet, das ist der lebenden Generation so im Gedächtnis, daß sich eine nähere Schilderung seiner diesbezüglichen großen und dauernd wertvollen Dienste erübrigt. Bei allen seinen Handlungen hat sich Genosse Bebel stets nur von großen, weitsehenden Gesichtspunkten, wie alle rechten Idealisten, leiten lassen, er hat stets weit vorausschauend die Wege erkannt, die das Proletariat, um seinem Ziele näher zu kommen, gehen muß.

Auch auf literarischem Gebiete ist Bebel ein Wegzeiger und Pfadfinder gewesen, er hat sich in dem viel gelesenen und gedankenreichen Buche „Die Frau und der Sozialismus“ ein unvergängliches Denkmal geschaffen. Bebel ist es auch, dem wir Klarheit und beste Definition des wissenschaftlichen Sozialismus verdanken, die da in einem einzigen prägnanten lapidaren Satzgusse lautet: „Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens angewandte Wissenschaft.“

Und nun zum Schluß: Uns Sozialisten wird man wohl nie Personenkultus, wie ihn unsere Patrioten treiben, vorwerfen können; wir lassen nur auch jeder Persönlichkeit ihr Recht werden. Alles, was wir hier über das siebzigjährige Geburtstagskind Bebel gesagt haben, ist nur ein winzig kleiner Teil dessen, für das ihm die moderne Arbeiterbewegung unaussprechlichen Dank schuldet.

Die Hindostanische Wahlreform.

Eine Preisfrage! Wo liegt Preußen? Auf der Karte liegt es zweifellos in Europa, seinem Regierungssystem nach ebenso zweifellos in Asien, dort wo die Welt von der Kultur und Zivilisation durch die Felsen und Berge des Himalaya getrennt ist. Der Unterschied zwischen der Regierungsform Tibets, Nepals und Preußens ist nur in der Zahl der Bevölkerungslasten, nicht in ihrer Abgeschlossenheit zu merken. Nur drei Wahlrechtslasten gibt es in Preußen, in Indien gibt es deren soviel wie Berufe. Freilich, die indischen Bevölkerungslasten haben zweifellos eine gewisse Berechtigung, sie sind abgestuft nach der Höhe des beruflichen Könnens, der Bildung und vielleicht noch des Aberglaubens. In Preußen gibt es nur Abstufungen nach der Größe des Geldsacks und als Ausfluß aller Regierungsweisheit in neuester Zeit nach der Befähigung als Rekrutenkinder.

Es ist der Reaktion noch nicht genug in Preußen. Das Dreiklassenwahlrecht, von dem selbst Bismarck sagte, daß es das allermiterabeste Wahlssystem ist, soll jetzt auf Befehl des ostelbischen Suntergesinndels noch verbößert werden. Die abligen Nachkommen der Raubritter und Wegelagerer kommandieren in Preußen und die Minister haben blind zu gehorchen. Wäre dies nicht der Fall, dann wäre die Vorlage des Wahlreformmonstrums ganz unmöglich gewesen. Denn diese Reform, die unseren Kollegen aus der Tagespresse bereits genügend bekannt ist, schlägt nicht nur allen Menschen- und Staatsbürgerrechten brutal ins Gesicht, sie versündigt sich auch gegen alle Vernunft und Staatsraison. Nur Leute, denen die Macht einer besitzenden Klasse alles, das Recht des

werkschaffenden Volkes nichts ist, konnten ein derartiges politisches Vorgehen in England, in Frankreich, in Italien und so weiter in allen reaktionären Oesterreich hätte keine Regierung die Einführung einer solchen Volksentscheidungswagen dürfen, bei Strafe des sofortigen Davonjagens mit Schimpf und Schande. Gegen dieses preussische Wahlrecht ist selbst das Wahlrecht der russischen Duma noch ein Ausbund von Freiheit und Gerechtigkeit.

Nur dem preussischen Volke, dem die militärische Unterordnung oberstes Gesetz ist, konnte man solches bieten. Diese Wahlreformvorlage verhöhnt nicht nur das ganze arbeitende preussische Volk, es begehrt auch noch Hochverrat an der Verfassung, denn dort heißt es: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich.“ Indes hat man Hochverrat noch niemals verfolgt, wenn preussische Junker solchen begangen haben.

Ein Königswort hat dem preussischen Volke eine fortschrittliche Wahlreform versprochen, und die Kommission der Junker haben daraus ein Volksentscheidungsgesetz gemacht. Bisher war wenigstens in einigen Wahlkreisen die Möglichkeit vorhanden, wirkliche Vertreter des Volkes durchzubringen; die preussische Regierung will nun dafür sorgen, daß in Zukunft auch diese ausnahmsweise Möglichkeit ausgeschlossen wird. Die dritte Klasse, gewiß die will man den Arbeiterwählern überlassen, weil die dritte Klasse in absehbarer Zeit doch überall nur für Sozialdemokraten ihre Stimmen abgibt. Dafür will man die zweite Wählerklasse desto fester gegen die Sozialdemokratie verammeln. Alle vom Staate abhängigen Existenzen werden in die zweite Klasse hineinkommandiert, um dort, dank der öffentlichen Stimmabgabe mit der ersten Klasse zusammen einen unübersteiglichen Wall gegen den Einzug der Erwählten der breiten Volksmassen in das preussische Parlament zu bilden.

Dies nur, um die Junker und ihre Heloten an der Macht zu erhalten, sie auch fernerhin aus dem Staatszug festhalten zu können.

„Reaktion, Bureaucratismus, Politikei, agrarischer Feudalismus, Junkerregierung, das sind die Dinge, die durch die Reform des Wahlrechts beseitigt werden sollen,“ sagte der preussische Ministerpräsident, und er hat diesbezüglich recht. So will es das Volk und Volkeswille sollte einem Ministerpräsidenten in einem Kulturstaate das höchste Gesetz sein.

Sollte! — Einem preussischen Ministerpräsidenten ist aber vorläufig noch der Wille des Volkes ein leeres Scherchen, ist ihm Fettaber. Er ist ganz Bureaucratenschele und deshalb bestrebt, den von ihm abhängigen Beamten ein besseres Wahlrecht zu geben, nur diese als Wähler avancieren zu lassen. Schaffende Arbeit ist dieser Regierung nichts, die Privilegierung der Staatsbeamten alles. Wer sich eine staatliche Versorgungstelle verdient hat, der hat sich dann auch ein einflussreicheres Wahlrecht verdient, wohlverstanden verdient, nicht verdient.

Diese Wahlreform ist eine Peitsche, deren empfindliche Wirkung das gutmütige und schaffgeduldige Preußenvolk aus seiner lethargie ausschreit und es zum Bewußtsein seiner Rechlosigkeit bringt. Die neueste Bevormundung bringt das Blut auch der sonst Gedankenträger zum Wallen. Es ist der unscheinbare Instoß von oben herab, der die Latwine des Volkssturmes auslösen muß und sie zum Rollen bringt. Und welche denen dann, die sich der Titanenkraft dieser Volkslatwine entgegenstellen, sie werden zerdrückt, zermalmt und nach allen Regeln der Kunst zerquetscht.

Die Junker kämpfen um ihre Macht, ihren Einfluß, ihre Stellung im Staate; sie kämpfen den Kampf um ihr Dasein mit dem Volke. Wenn sich diese Gesellschaft ihrer Haut wehren, so gut sie es können, dann mag man das verstehen. Verstehen kann aber kein vernünftiger denkender Mensch, daß sich eine Regierung an eine untergehende Klasse klammert und diese mit der Kraft der Verzeihung retten will und nicht sieht, daß sie dabei selber unter die Räder kommt. Mit dieser Wahlreform hat sich die preussische Regierung zum Gespött der zivilisierten Welt gemacht, die Schadenfreude aller Reichselnde ausgelöst. Mit innerem Schmunzeln den Befehlungen werden die Kriegsschaumisten in England und anderswo konstatiert, daß die preussische Regierung auf dem besten Wege ist, die Unzufriedenheit des eigenen Volkes bis zur Siedehitze zu steigern und dadurch ihre eigene Macht nach außen ganz enorm zu schwächen und zu untergraben. Für ein Vaterland, das seine Bürger so mißhandelt, ihnen so wenig Recht werden läßt, für ein solches Vaterland hat auch kein Volk nichts übrig. Dem Vaterlande wird also mit dieser wunderlichen Wahlrechtsvorlage wirklich kein Dienst erwiesen, wohl aber den Junkern, die freilich stets das Wohl des Vaterlandes mit dem Wohl des eigenen Ich verwechseln.

Auch die Regierung Bethmann-Hollweg muß ihr Jena finden, wenn sie sich von der alleinigen Vertretung der Junkerinteressen nicht trennen kann. Auf die Dauer haben auch alle Ministerien des In- und Auslandes den kürzeren gezogen, wenn sie sich vermessend haben und kurzzeitig genug waren, gegen den Willen der Volksmassen anzukämpfen. Das könnten die preussischen Minister in jedem Handbuch für Staatswissenschaften nachlesen. Zu lange schon hat sich indes das preussische Volk die Bevormundung von oben gefallen lassen, als daß die Herrschenden nicht glauben sollten, man dürfe ihm alles bieten. Zudiel der Unterdrückungen hat es geduldig ertragen. Aber nun ist das Maß voll zum Überlaufen.

Der Michel wacht endlich auf, er dehnt und reckt seine Glieder und merkt auch allmählich, wie stark er

ist, wieviel Energien er auslösen kann, wenn er nur den festen Willen dazu hat. Die Massen erscheinen auf dem Plan und keine Regierung kann sich ihrem Verlangen ganz entziehen. Also Ihr preussischen Arbeiter, zeigt erst Eure Macht, zeigt Euren unbegrenzten Willen, laßt nicht nach in dem stürmischen und entschiedenem Verlangen nach dem gleichen Recht und es muß Euch werden.

Auf die Chancen für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht zum preussischen Landtage.

In den Orkus mit dem Wechselbalg der Regierung.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Ueber die Ausführungsbestimmungen zum Gesetze über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai v. J., die jetzt vom Bundesrat erlassen worden sind, erfahren wir folgendes:

Im § 26 des Gesetzes ist festgelegt, daß die im ersten Abschnitt enthaltenen Verordnungen und die Strafvorschriften des dritten Abschnittes am 1. April d. J. in Kraft treten, während die Bestimmungen über die Fahrpflicht schon mit dem 1. Juni vorigen Jahres Gesetzeskraft erlangten. Aus diesem Grunde hat der Bundesrat in Ausführung der ihm durch § 6 des Gesetzes erteilten Vollmacht nunmehr die Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen erlassen. Die Bekanntgabe dieser Verordnung ermöglicht es sowohl den Behörden wie auch den Interessenten und besonders der beteiligten Industrie, schon jetzt in die neuen sehr eingehenden Vorschriften einzuleben. Diese beziehen sich zunächst auf die Beschaffenheit und Ausrüstung der Fahrzeuge, bei der jede vermeidbare Belästigung von Personen und Gefährdung von Fahrzeugen durch Geräusch, Rauch oder üblen Geruch ausgeschlossen sein soll. Für die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr sind genaue Vorschriften über die Lenk- und Bremsvorrichtungen, die Hüpen, Laternen, Bergstücken, Kennzeichen und so weiter, erlassen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Führer von Kraftfahrzeugen. Die Erteilung der Erlaubnis zum Führen eines Fahrzeuges wird abhängig gemacht von dem Zeugnis eines beamteten Arztes darüber, daß der Antragsteller keine körperlichen Mängel hat, besonders hinsichtlich des Seh- und Hörvermögens, die seine Fähigkeit zur sicheren Führung beeinträchtigen. Die Ortspolizeibehörde hat ferner zu prüfen, ob etwa Gefahren vorliegen — wie schwere Eigentumsvergehen, Neigung zum Trunk oder zu Ausschreitungen, besonders zu Raubheistbergen — die ihn als ungeeignet zum Führen eines Kraftfahrzeuges erscheinen lassen. Beim Polizeipräsidenten in Berlin wird hierzu für das ganze Reich eine Sammelstelle für Nachrichten über Führer von Kraftfahrzeugen eingerichtet. Die Prüfung für den Nachweis der Befähigung zum Führen von Kraftfahrzeugen ist eine mündliche über Material und Kenntnis der geltenden Vorschriften und eine praktische, bei der eine Probefahrt auf freier Strecke und eine mindestens einjährige Dauerfahrt vorgeschrieben ist. Ueber das Führen von Anhängewagen sind ebenfalls genaue Vorschriften erlassen, bei deren Erfüllung auch die Benutzung mehrerer Anhängewagen auf Grund polizeilicher Erlaubnis zugelassen ist. Kraftfahrzeuge, die den Anforderungen der Bundesratsverordnung nicht genügen, können jederzeit vom Verkehr öffentlichen Wege ausgeschlossen werden; ebenso kann Führen die erteilte Erlaubnis wieder entzogen werden, wenn festgestellt ist, daß die hierin geltenden Voraussetzungen nicht mehr vorhanden sind. Für die vor dem 1. April 1910 erteilten Zeugnisse zum Führen eines Kraftfahrzeuges gilt folgende Uebergangsbestimmung: Sie behalten ihre Gültigkeit bis zum 1. April 1911, der Inhaber hat jedoch bis zum 1. Oktober 1910 die Erteilung eines neuen Führerscheins bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Für den Grenzverkehr gelten in Bezug auf die Zulassung und Kennzeichnung der vorübergehend aus dem Auslande in das Gebiet des Deutschen Reiches gelangenden außerdeutschen Kraftfahrzeuge bis auf weiteres die bisherigen landesrechtlichen Vorschriften. Die Verordnung scheidet hier also nur ein Provisorium, das durch die Vereinbarungen der internationalen Konferenz, die im letzten Herbst in Paris stattfand, beseitigt ist. Sobald der dort abgeschlossene internationale Vertrag ratifiziert ist, werden seine Bestimmungen für den Grenzverkehr maßgebend sein.

Sobald und diese neue Verordnung vorliegt, werden wir sie abdrucken und näher darauf eingehen.

Einem verzweifelten Kampf gegen den Fortschritt führt die Berliner Polizei. Ein ungeheures Heer von Schulheuten wird aufgeboden, um von Staatswegen das Wellenrad in seinem Lauf zu hemmen. Wie groß und umfangreich die von den Beamten zu verrichtenden Ausschreibearbeiten sind, darüber erhält man gewöhnlich Auskunft, wenn zwei sich freiten. Aus Anlaß einzelner Zuschriften aus dem Publikum an einige Tageszeitungen und wohl nicht zum geringsten des Antrages Stosser im Abgeordnetenhaus sahnte sich das Berliner Polizeipräsident verpflichtet, der Öffentlichkeit folgendes mitzuteilen:

„Das Polizeipräsidentium verwahrt sich gegen die Beschuldigung, daß die Polizeiorgane nicht entschieden genug gegen die allzu schnell fahrenden Führer von Automobilen vorgehen. Im Jahre 1909 sind — so führt es zum Beweise an — von den hiesigen Schulheuten allein gegen die Führer von Kraftfahrzeugen etwa 10 000 Strafanzeigen erstattet worden, wovon allein ein Drittel auf die Führer von Kraftfahrzeugen entfällt.“

Dies sollte doch vor allen Dingen unseren Volksvertretern zu Bedenken Anlaß geben, von der Polizei kann man dies ja nicht verlangen. Zu den 10 000 angegebenen Strafanzeigen müssen wir noch hinzufügen, daß nach unserer Uebersicht die allerwenigsten unter 10 Mk., die meisten zwischen 20 bis 40 Mk. liegen und ein großer Teil sogar die Höhe über 60 Mk. übersteigen. Es sind unerschwingliche Opfer, die die Chauffeurs ihrem Beruf bringen müssen. Not, Sorge und traurige Familienverhältnisse sind die Folgen davon. Wir fragen uns, was ist bisher durch dieses rigorose Strafsystem der Polizei gebessert? Nichts, rein gar nichts! Die Polizei könnte uns schließlich antworten, Unglücksfälle wären dadurch verhindert worden. Dazu hat aber die Polizei gerade am allerwenigsten beigetragen und das Gegenteil könnte ebenso gut behauptet werden. Dazu trägt in erster Linie die verbesserte Technik der Fahrzeuge und ein immer zahlreicher sich heranbildender Stamm tüchtiger und gelibter Fahrer bei. In dem Maße, in dem Maschine und der Elektrizität es geradezu lächerlich, die Ausnutzung der Maschinenkraft durch einen Schutzmann mit dem Bleistift in der Hand zu unterbinden. Einmal Fabrik, einer Eisenbahn, einem Dampfschiff usw., das die Dampfkraft zu seiner Maschinenkraft ausnutzen kann, ist sehr schwer möglich, in der heutigen Zeit zu existieren. Nicht anders verhält es sich mit dem Automobil, das man von der Polizei, unbekümmert der Stärke seiner Pferdekräfte für den Verkehr freiläßt.

Nicht nur ein Fahrer die polizeilich zugelassene Kraft seiner Maschine aus, so wird er von derselben Polizei dafür bestraft. Ein erblickeiger Schwamm, der noch allzu sehr an die Gangart eines Wagengepanns gewöhnt ist, hält es für seine Pflicht, während seinem Dienst für Automobilführer Strafmahnde zu fabrizieren, damit hat er seinen Dienst erfüllt.

Daß dem so ist, beweisen die Aussagen einzelner Beamten vor Gericht, wenn solche sich rühmen, an manchen Tagen mehr als 60 Anzeigen fabriziert zu haben.

Andernfalls verlangt aber auch das Automobilunternehmen selbst die Ausnutzung der Maschine im Verkehr und keine Polizeiverordnung hat dies bis jetzt zu verhindern vermocht, so gut sich auch die Gangart irgend einer anderen Maschine nicht gut vorzeichnen läßt. Die Kraft der Automobilmachine bestimmt die Schnelligkeit des Gefährtes und jeder Versuch, die Schnelligkeit dauernd unter die Maschinenkraft herabzudrücken, bedeutet eine Gefahr für die Maschine und eine Chikanierung für deren Führer. Leute, die über derartige Sachen zu urteilen haben, müßten dies wissen und ihre Maßnahmen demgegenüber entsprechend einrichten. Alle diese Momente scheitern die Behörden außer Acht zu lassen, man sieht nur die Auswüchse und danach werden alle Maßnahmen gegen einen ganzen Beruf getroffen und die Angehörigen müssen gewöhnlich am allermeisten leiden.

Hiergegen sich energisch zu wehren, haben die Automobilführer alle Veranlassung. Eine feste Organisation und ausdauernder Kampf wird auch hier die Reaktion gegen den Fortschritt brechen.

Aeroplan-Chauffeurs. Raum hat der nie ruhende Geist der Menschheit es fertig gebracht, durch die Maschine die Luft zu beherrschen, so entsteht schon ein neues Gewerbe, ein neuer Beruf. Soweit die Flugmaschine und der Lenkballon aus dem Versuchsstadium herausgetreten sind, werden sie vorläufig noch zu Sportzwecken verwandt. Zum offiziellen Verkehr hat sich die Luftschiffahrt noch nicht durchbringen können, was aber uneres Erachtens auch nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Aber schon sind die Hauptlinien und Ausbeuter wieder an der Arbeit, um aus diesem neuen Gewerbe Kapital zu schlagen. Die ersten, denen es hierbei wieder an den Geldbeutel geht, sind die Nichtbesitzenden, die Arbeiter, und die alte Decker fängt genau wieder so an, wie dies bei der Einführung des Automobils der Fall war und heute noch ist. In der „Morgenpost“ finden wir nämlich folgendes Inserat:

**Aeroplanchauffeur,
Preisflieger-Ausbildung
billig. Stellenmacher.
Flugmaschinen auf Abzahlung.
„Aviatik“ Postamt 165.**

Der gute Mann wird sich einbilden, wir wollen für ihn Kellame machen. Nein, kennzeichnen wollen wir, wie gleichgültig der Staat die dem neuen Beruf von Anfang gegenübersteht. Erst läßt man eine ungenügende Ausbildung der Chauffeurs in halbschnelherischen Privatinstiuten zu und nachher beschwert man sich über die Unachtsamkeit und Oberflächlichkeit der Chauffeurs, die man später durch scharfe Gesetzesparagrafen befehlen will. An die Gründung von Fahr- und Fachschulen, wie wir sie schon jahrelang fordern, wagt man sich der Unkosten wegen nicht heran. Uebrigens muß es schon schlecht mit den Aeroplanen bestellt sein, wenn man bei ihrer Inbetriebnahme gleich schon beim Abzahlungsgefäß anfängt. Die Aeroplanchauffeurs werden organisatorisch selbstverständlich dem Deutschen Transportarbeiterverband angegliedert.

Bierfahrer.

Kapitalkonzentration im Braugewerbe und Brausteuerabwälzung in Oberschlesien. Als im vergangenen Jahre der schwarz-blaue Bloch dem deutschen Michel unter anderen indirekten Steuern auch eine Biersteuer von 100 Millionen M. bescherte, da suchten die Interessenten der Brauindustrie in fieberhafter Eile Mittel, wie sie die Steuern auf die Konsumenten abwälzen könnten.

Die Mehrzahl der Brauereien war schon in Ringen und sogenannten Konventionen zusammengeschlossen, das genügt jetzt nicht mehr. Der Sinn der Brauherrn war jetzt darauf gerichtet, nicht nur die jetzigen Steuern, sondern auch die von 1906 und damit noch nicht genug, auch die Preisserhöhungen für Gerste, Hafer, Maschinen, Pferde und die gestiegenen Löhne (?) auf die Konsumenten abzuwälzen. Dazu war aber nötig, daß sich alle Brauereien zusammenschlossen, um dann gemeinschaftlich dem Publikum das Fell über die Ohren zu ziehen, d. h. die Preise zu diktieren. Es war nicht weniger wie ein Riesensyndikat Deutschlands geplant. — Nun, daß den Herren dieser Plan nicht vollständig geglückt ist, ist nicht ihre Schuld.

Über noch bevor die neue Biersteuer in Kraft trat, wurde dem Konsumenten eine Bierpreiserhöhung von 5 bis 6 M. pro Hektoliter aufgezwungen. Das Publikum ließ sich dies allerdings nicht gefallen; es kam zum Vertrieß und die Folge davon war, daß sich die Brauherrn im Durchschnitt mit einer Erhöhung von 3 M. pro Hektoliter begnügen mußten.

So wie im ganzen Deutschen Reich, so war es auch in Oberschlesien. Hier besteht die ober-schlesische Konvention, der die Mehrzahl der Brauereien und Bierverlagsgeschäfte angeschlossen sind. Man hält es für ein leichtes, eine Bierpreiserhöhung von 5 M. pro Hektoliter durchzuführen; die führende Brauerei war die Fürstl. Brauerei in Tichau.

Über die Herren hatten ihre Rechnung ohne die Oberschlesier gemacht; das Bier der Fürstl. Brauerei Tichau wurde einfach boykottiert; man trank lieber schlechteres Bier und in kurzer Zeit mußte dieselbe, wollte sie nicht bankrott gehen, nachgeben. Sie trat aus der Konvention aus und ermächtigte in kurzen Zwischenräumen die Erhöhung von 5 auf 2 M. pro Hektoliter. Die anderen Brauereien mußten nachgeben folgen.

Trotzdem die Brauindustrie von jeher eine derjenigen war, die immer die meisten Ueberschüsse abwirft, will diese nicht die geringste Einbuße erleiden. Man sucht also den Betrieb zu vereinfachen und zu gleicher Zeit den Gewinn zu erhöhen; das geschieht am besten dadurch, daß sich die einzelnen am Orte bestehenden Brauereien zusammenschließen und in Aktiengesellschaften verwandeln.

In Weuthen hat man ebenfalls dieses Problem gelöst. Die drei Brauereien Felschlößchen, Teutschert und Schoefer, die vor kurzem noch die größten Konkurrenten waren, sind in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Zweck dieser Umwandlung ist die Vereinfachung der Produktion und Verwaltung. Gebrannt wird nur noch in der ehemaligen Felschlößchen-Brauerei; die Schoeferische wird zur Malzfabrik und die Teutschertsche zur Expedition umgewandelt.

Der geistige Inspirator und künftige Direktor der neuen Aktiengesellschaft ist der frühere Inhaber der Felschlößchen-Brauerei, Herr Schüller. Die neue Gesellschaft führt den Namen „Bereinsbrauerei, Aktien-Gesellschaft Weuthen (D.-S.)“. Das Grundkapital beträgt 550.000 M. in 550 Aktien à 1000 M. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Bankier Fritz Heintze, 2. Wurfabrikant Paul Hoffmann, 3. Profurist Georg Mafeska, 4. Restaurateur Paul Seul, 5. Braumeister Josef Teutschert jr. aus Weuthen. Die Mitglieder des Vorstandes sind: 1. Brauereibesitzer Hermann Schoefer aus Hohlberg, 2. Kaufmann Guido Schüller, 3. Brauereibesitzer Josef Schüller, 4. Brauereibesitzer Josef Teutschert aus Weuthen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind: 1. Bankdirektor Max Hepper, 2. Bankier Engelhard Hohlhöfner aus Weuthen, 3. Gasthausbesitzer Hugo Muskatla aus Wislupitz, 4. Rechnungsdirektor Max Wolff aus Karlsdorf bei Tarnowitz.

Es handelt sich nun für unsere Kollegen darum, nun ihrerseits ebenso geschlossen dazustehen, damit endlich auch die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem für sie günstigen Sinne geregelt werden können.

Die Kollegen Bierfahrer haben durch die Biersteuer großen Schaden erlitten; schon durch die Preissteigerung ging der Konsum zurück; das Einkommen fiel weg, die Löhnteile war nicht der Rede wert; durch die Einführung der Bierzahl bei Fassbier ist auch hier jeder Nebenverdienst beseitigt.

Wer aber weiß, in welcher Weise der Bierfahrer gezwungen ist, Ausgaben im Interesse der Firma zu machen, um die Kundenschaft zu halten oder neue zu bekommen, wird es begreiflich finden, daß es gar nicht möglich ist, mit den jetzigen Löhnen durchzukommen.

Die Herren Arbeitgeber haben an den Löhnen nicht zugelegt. Ein Mittel bleibt den Kollegen nur noch übrig, sich höhere Löhne zu verschaffen. Und da müssen sie sich an ihren Arbeitgebern ein Beispiel nehmen, ihre Einigkeit nachahmen, sich ebenso fest zusammenschließen, damit auch ihr Kapital — ihre Arbeitskraft — größere Zinsen trägt. Die Kollegen müssen sich der Sektion der Bierfahrer des Deutschen Transportarbeiterverbandes anschließen; diese wird ihre Interessen vertreten. Es würde auch hier möglich sein, einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn nur die Kollegen einig wären. Also Kollegen, zögert nicht länger und tut eure Pflicht.

Samburg. Sektionsversammlung der Bierfahrer am 30. Januar. Henneid berichtet über das ver-

lossene Jahr. Mit Genugtuung können wir auf eine erfolgreiche Arbeit im vergangenen Jahre zurückblicken. Denn trotz der schweren Krise, unter der die Brauindustrie und hieraus resultierend auch die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen infolge einer falschen Steuerpolitik des Reiches zu leiden hatten, ist die Mitgliederzahl unserer Sektion gewachsen. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, daß manche Bierfahrer, welche früher einen Kutscher hatten, jetzt gezwungen durch die schlechten Verhältnisse, allein fahren. Also trotzdem weniger Beschäftigte auf den Brauereien vorhanden sind, ist eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Dieses Resultat kann uns doppelt freuen. Auch haben wir jetzt auf allen Brauereien tüchtige Vertrauensleute. Dann geht Redner auf den vor kurzem erfolgten Tarifabschluß des Brauereiverbandes mit der Teutonia-Brauerei ein. Derselbe hat für unsere Kollegen Flaschenbierkutscher Nachteile statt Vorteile gebracht. Ein erneuter Beweis für die Unfähigkeit des Brauereiverbandes, wenn es gilt, die Berufsinteressen der Kutscher zu vertreten, aber auch ein Ansporn für unsere Kollegen, ihre eigenen Angelegenheiten auch selber in die Hand zu nehmen. Wertwüchsig erscheint es, daß die Bierkutscher mit Ausnahme eines im Brauereiverband Organisierten, zu den Verhandlungen nicht zugezogen, noch um ihre Meinung gefragt seien. Im Hinblick darauf, daß die Brauereiverbande eventuell bei den diesjährigen Tarifverhandlungen aus den Abmachungen mit der Teutonia sehr zu unserem Nachteil Kapital schlagen, sind wir gezwungen, alles daran zu setzen, um eine Verringerung des Tarifzins herbeizuführen. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Henneid 1., Lohmeyer 2. Sektionsleiter, Garzel Schriftführer. Vertreter im Kuratorium Henneid, Sandersen und Mathews. Lärkontrollreue Mendt und Böhlken. Nachdem noch interne Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Droschkenführer.

Hamburg. (Sektion der Droschken- und Stallkutschler sowie Kraftwagenführer.) Generalversammlung am 4. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des beim Militär in Danzig verstorbenen Kollegen Emil Lorenz in üblicher Weise geehrt. Die Abrechnung gibt Abrecht. Das 4. Quartal schließt ab mit einem Kasseebestand von 5946,30 M. Die Hauptkasse erhielt 2961 M., davon 1879,20 M. in bar, den Rest in Quittungen. 67 Kollegen waren 571 Tage arbeitslos, davon wurden 20 Kollegen an 245 Tagen mit 295,95 M. unterstützt; krank waren 32 Kollegen 906 Tage, davon wurden 682 Tage mit 792,— M. unterstützt. Ferien wurden ausbezahlt: an Extraausstattung 45,— M., für Nachschub 247,90 M. und Beerdigungsbeihilfen 175,— M. Vom Arbeitsnachweis wurden 65 gemeinde Stellen bezogen, davon 23 zur Ausfülle. Zum Jahresbericht ist besonders zu bemerken, daß die Arbeitslosigkeit, welche schon aus dem Jahre 1908 mit herüberkam, sich auch bei uns im Frühjahr 1909 unangenehm fühlbar machte, ein Vergleich der ausgezahlten Unterstützungen zwischen 1908 und 1909 zeigt dies sehr deutlich. Nachdem Abrecht noch verschiedenes über den Bureau-Antrag, die Abtrünnigen und über die Abstimmung vorgezogen, wird ihm auf Antrag des Revisoren Kollegen Egner einstimmig Decharge erteilt. In die Droschkenverwaltung werden vorgeschlagen: a) für die Droschken- und Stallkutschler die Kollegen G. Abrecht und S. Dorn, b) für die Kraftwagenführer S. Beward und als Ersatzmann S. Venk, als Revisoren Egner und Jäger, als Lärkontrollreue Spier und Burenshön, als Kartelldelegierter Ad. Schmidt. Dann wird beschlossen, den Ausschluß der acht unter der Firma Protektionmission gegen die Verbandsinteressen arbeitenden Mitglieder Stüben, Joo, Körner, Stern, Wic, Haud, Freese und Henning beim Hauptvorstand zu beantragen, ferner dem Parteisekretariat Mitteilung von diesem Ausschluß zu machen und den Ausschluß in besonderer Annonce im „Echo“ zu publizieren.

Ein Antrag des Hauptvorstandes, zwecks Ankaufs eines eigenen Grundstücks alle überschüssigen Gelder, zu 4 pCt. verzinslich, an ihn abzuführen, fand einstimmig Annahme, ebenso der Antrag, einen freiwilligen Extrabeitrag von 2 M. in einem Jahre zahlbar, zu leisten.

Unter Verschiedenes wird darauf hingewiesen, daß „An der Wirt“ nur ein organisierter „Hausdiener vor der Tür“ steht und zwar vor Nr. 2. Ferner soll die Leitung des Gewerkschaftshauses erucht werden, von innen aus am Ausgang darauf aufmerksam zu machen, daß den draußen wartenden Kutschern die Kontrollkarte abverlangt werde; dieses soll auch beim Kartell beantragt werden. Zum Schluß macht der Vorsitzende bekannt, daß Kutscher in Livree zur Mästerade keinen Zutritt haben und ermahnt zu zahlreichem Besuch.

Fensterputzer.

Breslau. In welcher Weise sich die Herren Reinigungsanstaltinhaber die Konkurrenz fernzuhalten bemühen, beweist folgender Kontrakt, den ein Kollege bei der Firma Robert Schmidt unterzeichnen sollte. Da der Kollege sich weigerte, dieses Schriftstück zu unterzeichnen, erfolgte seine Entlassung.

„Breslau, den 29. 1. 1910.“

Geschlossener Kontrakt.

Zwischen dem Inhaber des Breslauer Großen Reinigungsanstalt Herrn Robert Schmidt in Breslau, Nachodstr. 10, und den bei der Firma angeestellten Fensterputzer Karl Weirich aus Breslau, wohnhaft Kadlberggasse 7-9, sowie dessen Ehefrau.

Der Kontrakt lautet folgendermaßen:
Ich, Fensterputzer Karl Weirich und meine Ehefrau, verpflichten uns laut Kontrakt in Breslau bei einer Konventionalstrafe von 500 M. an Herrn

Robert Schmidt, Nachodstr. 10, 1 Kr., zu zahlen. Und zwar aus diesem Grunde, daß ich und meine Ehefrau niemals in Breslau ein Fensterputzergewerbe gründe; auch verpflichten wir uns, niemals ein Fensterputzergewerbe in Breslau auf einen anderen Namen zu gründen. Ich, Karl Weirich und meine Ehefrau sind mit diesem geschlossenen Kontrakt vollständig einverstanden und verpflichten uns, sofort die 500 M. als Strafe zu zahlen, wenn wir in Breslau ein Fensterputzergewerbe gründen würden.

Unterschrift.

Kollegen! Es ist die höchste Zeit, daß Ihr Euch aufrafft, daß wieder Einigkeit in Euren Reihen Platz greift. Ihr seht, in welcher Weise die Arbeitgeber gegen Euch vorgehen; gebt ihnen die richtige Antwort darauf. Organisiert Euch Mann für Mann, dann wird auch die Organisation das Ihrige tun, um den propyhetischen Arbeitgebern energisch entgegenzutreten.

Handelsarbeiter.

Augsburg. Wo die Arbeiterschaft am interesselosesten ist, sind die Existenzbedingungen am schlechtesten. Diese Tatsache trifft auf keinen Beruf besser zu, als auf den der Wäch- und Schließgesellschaft. Nicht nur in Augsburg gehören die Kollegen zu den in der Arbeiterbewegung zurückgebliebensten, sondern auch in anderen Städten trifft das gleiche zu. Militärischer Drill, schlechter Lohn, von Freiheit keine Spur, äußerst unsichere Existenz, das sind die Symptome, welche sich bei den Kollegen Wächtern überall bemerkbar machen. Man könnte glauben, daß die Kollegen Wächler aus Arita stammen und von einer Besserstellung durch Selbsthilfe noch gar nichts gehört hätten, wenn ihre Gleichgültigkeit, welche in Augsburg bei verschiedenen nahezu an Feigheit grenzt, betrachtet wird. Und doch sind es zum großen Teile gelehrte Arbeiter, welche in irgend einer Form aus dem gelehrten Berufe hinausgeworfen wurden, oder es sind verachtete Existenzen, welche einst bessere Tage gesehen hatten und jetzt das nachholen wollen, was früher flüchtig gegangen ist. Statt sich in die Reihen der kämpfenden zu stellen, spielen sie vor dem Unternehmer den Zufriedenen und verkaufen ihre Lebensgenossen, sobald sich einer erlaubt, über die jetzigen Zustände aufzumucken. Daß die Löhne in diesem Berufe vollständig unzureichend sind, beweist der Umstand, daß sich die Wächler um Nebenverdienst umsehen, damit sie sich vor der Not einigermassen schützen können. Daß niemand zwei Herren dienen kann, weiß auch die Direktion; aber wollte sie den Nebenverdienst untersagen, dann müßten sich die Löhne erhöhen, was den so seligmachenden Profit etwas verkürzen würde. Die Wächler glauben, daß sie besser daran sind, wenn sie sich auf den Nebenverdienst stützen, als dafür zu sorgen, daß in ihrem Hauptberufe annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen würden. Die Erfahrung wird auch den Kollegen bei der Wäch- und Schließgesellschaft zeigen, daß der Arbeiter neben ausreichender Nahrung auch der nötigen Ruhe und Erholung bedarf, wenn er die Staatspension von 35 Pf. pro Tag nicht frühzeitig in Anspruch nehmen will. Wollten die Kollegen dieses Berufes ihre wirtschaftlichen Verhältnisse so gestalten, daß sie in ihrem Berufe ein menschenwürdiges Fortkommen finden, dann heißt es auch bei ihnen organisieren und zusammenstehen, statt der Organisation aus dem Wege zu gehen, wie es die hiesigen Kollegen zum großen Teile zu ihrem eigenen Schaden machen. Mehr Mannes- und weniger Wankeleimut ist diesen Kollegen im allgemeinen und den Augsburgern im besonderen dringend zu empfehlen.

Bremen. Sonderbare Menschen gibt es noch unter unseren Kollegen. Namentlich trifft dieses auf die Handelshilfsarbeiter zu. Hier am Orte ist eine Firma Proppmann, Damenputzarbeiter, bei welcher acht Mann beschäftigt sind. Die Kollegen sind mit ansehenswerdender Meinung, da sie mit allerhand Flitterklam und Wutz zu hantieren resp. zu arbeiten haben, sie selbst auch so puffychtig sein müssen. Dieses soll sowohl in dem inneren, als auch bei dem äußeren Menschen zur Geltung kommen. Aus diesem Grunde sondern sie sich von den übrigen im Handelsgewerbe beschäftigten Kollegen ab. Hat ein Kollege das zweifelhaftes Glück, bei der Firma in Arbeit treten zu können, dann reden ihn die übrigen Kollegen per „Sie“ an. Also hochnobel. Sie wollen hoch hinaus, einige glauben, daß sie bereits bis zum Erdlingsgehüfen avanciert sind. Doch schütteln sich erkälterungsweise die Handlungsgehilfen diese Leute ab, da ja auch sie heute noch für etwas besseres gelten wollen. Haben unsere dort beschäftigten Kollegen denn Ursache, sich so abzuschneiden? Keineswegs. Denn die Löhne sind wahrhaft traurige. Arbeiten doch dort noch Kollegen bei längerer Tätigkeit für 18 M. pro Woche. Gewiß kein Lohn, um als Gentleman leben zu können und in den bürgerlichen Radfahrervereinen den noblen Herrn zu markieren. Auch ein Chauffeur ist dort beschäftigt. Vor längerer Zeit wurde dieser von einigen Verbandskollegen befragt, ob er sich nicht der Organisation anschließen wolle. „Ich bin organisiert“, sagte er, „und zwar im — Kaiserlichen Automobilklub.“ Wums, da haben wir's. Das muß erst ein nobler Mann sein, werden die Leser denken. Ist er auch. Wenn er aber im Geschäft zu tun hat, wo die jungen Mädchen arbeiten, dann schlägt die Mobilität in das Gegenteil um. Wenn Leute ein menschliches Bedürfnis empfinden, dann gehen sie gewöhnlich auf den Lotus. Der im Kaiserlichen Automobilklub organisierte Chauffeur häckert aber den anwesenden Mädchen die Nase voll und geht dann fort.

Mancher Kollege wird den Kopf schütteln und sich sagen, so etwas sollte kaum möglich sein. So was ist aber möglich bei Leuten, die noch nicht begriffen haben, daß sie als Angehörige der arbeitenden Klasse mit den übrigen Kollegen zusammenhalten müssen, um

Schäden im Beruf zu heilen und die gesamte Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. Wann werden diese Kollegen zur Einsicht kommen? Solange sie Mitglieder bürgerlicher Klubvereine und Automobilklubs sind, sicher nicht.

Deshalb wird es Aufgabe der übrigen im Handwerksverbe tätigen Kollegen sein müssen, nach wie vor die Agitation auch unter diesen Kollegen zu fördern, damit auch sie begreifen, wo sie hingehören und was sie zu tun haben. Mit einem möglichst noblen Anzug und hohen Stehtragen, dabei aber kurrendem Wagen erringt man sich keine Achtung, weder bei den Berufscollegen, noch bei den Arbeitgebern. Das sollten auch diese Kollegen endlich wissen.

Essen. Als Musterbetrieb für Hausdiener, Packer und Lagerarbeiter kann man das Warenhaus Sinn u. Co. in der Limbeckstr. bezeichnen, soweit Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen. Als Hausmeister fungiert dort der frühere Hilfsmonteur Jul. Meyer. Derselbe nimmt die Leute an und sorgt auch gleichzeitig wieder für deren Entlassung.

Am 6. Oktober 1909 wurde nun der Fahrstuhlführer J. K. eingestellt. Bei der Einstellung wurde ihm ausdrücklich gesagt, es käme der Firma darauf an, Leute zu haben, die nicht heute anfangen und morgen wieder aufhören, sondern daß sie recht lange bei der Firma bleiben, da sie Leute beschäftige, welche schon über 5 Jahre im Betrieb seien; auch wurde eine Lohnzulage versprochen, wenn er länger im Betrieb wäre. Dasselbe wurde dem Hausdiener W. C. bei seiner Einstellung gesagt. Der Lohn betrug für den Fahrstuhlführer 80 Mtl. und für den Hausdiener 90 Mtl. pro Monat. Die tägliche Arbeitszeit begann des Morgens um 7 1/2 Uhr und endete abends um 10, 11, 12 Uhr, auch war es schon 2 Uhr morgens geworden. Wer aber nun glaubt, daß Ueberstunden bezahlt wurden, der ist im Irrtum, denn hierfür gab es nichts, so daß bei einem Monatslohn von 80 Mtl. — der Monat zu 30 Arbeitstagen gerechnet — sage und schreibe ein Tagelohn von 2,67 Mtl. bezahlt worden ist, was auf die Stunde, bei durchschnittlich 14stündiger Arbeitszeit ungefähr 20 Pf. ausmacht, und hiervon sollen nun die Kollegen noch besser geliebt gehen und anständig leben können.

Nachdem nun die Feiertage vorbei waren, und die Firma ihr Schicksal im Trocknen hatte, da konnte der Mohr, der seine Schuldigkeit getan, gehen; am 31. Dezember bekam der Fahrstuhlführer K. seine Entlassung, ohne daß ein Grund hierfür angegeben worden wäre. Denn daß die Firma mit demselben zufrieden war, beweist ja am besten das Zeugnis. Es lautet:

Zeugnis.

Herrn J. K. aus Essen bescheinigen wir hiermit, daß derselbe vom 6. 10. 09 bis 31. 12. 09 als Fahrstuhlführer bei uns beschäftigt war. Derselbe war ehrlich und fleißig.

Sein Austritt erfolgt auf eigenen Wunsch und begleitet denselben unsere besten Wünsche.

Die Geschäftsleitung.

Sinn u. Comp. G. m. b. H. Schmidt.

Am 31. 1. 10 erfolgte nun weiter die Entlassung des Hausdieners W. C. angeblich wegen Arbeitsmangel. Trotzdem waren aber noch ein paar Tage vorher zwei Neueinstellungen erfolgt, so daß der Grund Arbeitsmangel absolut nicht stichhaltig sein konnte. Auch C. K. Zeugnis steht mit der Entlassung in direktem Widerspruch. Es lautet folgendermaßen:

Zeugnis.

Wir bescheinigen hiermit, daß Herr W. C. in unserem Geschäft vom 29. 10. 09 bis 31. 1. 10 als Hausdiener tätig war.

Derselbe war ehrlich und fleißig und hat uns durch seine Leistungen zufriedengestellt.

Seine Führung war ebenfalls gut.

Die Geschäftsleitung.

Sinn u. Comp. G. m. b. H. Schmidt.

Als Vertreter im Bunde ist nun auch der Geschäftsführer nach zweijähriger Tätigkeit seines Postens entlassen worden, indem ihm einfach erklärt wurde, man wolle billigere Arbeitskräfte haben. Als Fahrstuhlführer hat man jetzt einen Mann eingestellt mit dem horrenden Lohn von 35 Mtl. monatlich. Da nun keine maßgebenden Entlassungsgründe vorliegen, wie ja die Zeugnisse beweisen, so nimmt das Personal an, daß diese nur auf Treiben des Herrn Hausmeisters zurückzuführen sind. Meyer hat mit einer Verkäuferin W. aus dem Geschäft ein Verhältnis und ist er von den Hausdienern mit derselben im Treppenflur, an der Kantine und in der Damentoilette in den verschiedensten Stellungen angetroffen worden, so daß es im Betrieb kein Geheimnis mehr ist. Trotzdem dies nun dem Chef mitgeteilt worden, ist bisher keine Milderung getroffen; der Hausmeister ist noch immer der Vertraute des Chefs, trotzdem er verheiratet ist und Familie von zwei Kindern besitzt.

Sodann möchten wir noch die köntgl. Gewerbeinspektion auf diesen Musterbetrieb aufmerksam machen; da weder die Vorschriften über jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, noch die gesetzlichen Ruhepausen für die Erwachsenen eingehalten werden. Die Hausdiener müssen nämlich auch des Morgens um 7 1/2 Uhr anfangen, bis des Abends spät; wenn Fußböden geölt werden, sogar bis nach 1 Uhr, ohne die vorgeschriebenen Ruhepausen einzuhalten, arbeiten. Hoffentlich sieht hier die Behörde mal zum Rechten und lernt der Firma mal die Vorschriften der Gewerbeordnung einzuhalten.

Wären die Packer und Hausdiener alle der Organisation treu geblieben, dann hätten solche Zustände nicht einreisen können. Deshalb Kollegen, schließt Euch Eurer Berufsorganisation an; dann seid Ihr

auch in der Lage, Eure Rechte zu vertreten, wie es einem rechtlich denkenden Arbeiter zukommt. Nur in der Einigkeit und dem Zusammenschluß liegt Eure Macht.

Hamburg. (Sektion Kolporteurs.) Versammlung am 27. Januar. „Die Einheitsorganisation“ lautete der erste Punkt der Tagesordnung, worüber ein Kollege ein Referat hielt, welches in allen Teilen von den Versammelten beifällig aufgenommen wurde; besonders hob der Redner hervor, daß nach jahrelangen Bemühungen zwischen dem Transportarbeiter-Verband einerseits und dem Hafenarbeiterverband sowie Verband der Seeleute andererseits, die Verhandlungen zwecks Vereinigung, soweit geziehen seien, daß der Zusammenschluß sämtlicher im Transportgewerbe Beschäftigten, unter günstigen Bedingungen für alle Teile noch in diesem Jahre erfolgen wird.

Hierauf berichtet Kollege Neumann über die Tätigkeit der Arbeitsnachweis-Kommission, welche Anfang dieses Jahres zum erstenmal zusammentrat, um über geeignete Schritte zu beraten, welche ihre Aufgabe erfordert. Der Arbeitsnachweis hat im verflossenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht, doch könne sich derselbe noch viel schneller weiter entwickeln, wenn jedes Mitglied unseres Verbandes freigelegene oder freierwerbende Stellen sofort im Bureau melden würde; dies zu tun, ist die Pflicht eines jeden Mitgliedes, denn dadurch würden noch viel mehr Stellen durch unseren Nachweis besetzt werden können.

In der Diskussion kritisiert Kollege Sarnau auf das schärfste die parteiliche Stellungnahme der Behörden in Sachen des Arbeitsnachweises der Fruchtarbeiter bei dem Gastwirt Knoche in der Catharinenstraße. Lehrender wurde mit Strafbefugnissen von der Polizeibehörde bedacht, weil angeblich in seiner Wirtschaft Stellen vermittelt sein sollten und mußte der Arbeitsnachweis daraufhin verlegt werden, wohingegen der Gastwirt Befessen in der Reichenstraße nach wie vor die Stellenvermittlung des gelben Hausdienervereins weiter betreibt, ohne daß die Behörde dagegen einschreitet.

Den Kartellbericht gaben Cohn und Neumann. Cohn führt aus, daß Bildungsweisen sei durch Ueberkommen von Parteivorstand und Kartellkommission grundlegend umgeändert worden und bepricht dann im einzelnen diese neue Einrichtung mit der Hoffnung, daß dieselbe zum Nutzen der Arbeiterschaft gekehrt wird. Daran anschließend behandelt Redner die Verfrage, die seiner Ansicht nach seitens der Kartellkommission nicht energisch genug angefaßt worden wäre. Die Resolution, welche das Kartell angenommen habe, sei keine klare Stellungnahme, denn darin heiße es nur, den Biergenuss möglichst einzuschränken; die vom Redner vorgelegene Resolution, welche die vollständige Einföhrung des Biergenusses forderte, die aber leider abgelehnt wurde, hätte seiner Ansicht nach mehr Erfolg gehabt.

Neumann bespricht die Zusammenstellung und den Zweck der Werbergerichte, wobei er hervorhebt, daß die Werbergerichte für die Gewerkschaften insofern von Bedeutung sind, als sie des öfteren bei Lohnkämpfen als Einigungsamt angerufen werden und es dann vielfach auf die Berührung ankommt. Er macht bekannt, daß die Kolporteurs in diesem Jahre bei den bevorstehenden Werbergerichtswahlen mitzuwählen haben und ersucht die Kollegen, sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen. Hierauf wird ein Antrag der Sektionsleitung zwecks einer Brancheneildung der Bezirksteilboten behandelt. Cohn führt aus, um die Agitation unter den Kollegen intensiver zu gestalten, ist es notwendig, daß das Hauptaugenmerk auf die einzelnen Branchen gerichtet wird. Der Antrag sei aus der Erfahrung heraus gestellt worden, welche in vorigen Jahre seitens der Sektionsleitung gerammelt worden sind. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Diskussion, wobei die Mehrzahl der Kollegen der Meinung Ausdruck gaben, daß die Sache verrückt sei.

Mainz. An die Wächter der Wach- und Schließgesellschaften! Von America herüber haben sich diese Instruktionen nach Deutschland verpflanzt, um in sogenannter gemeinnütziger Weise für das Privateigentum der Grundbesitzer Sorge zu tragen. Nun sollte man meinen, die Wächter dieser Gesellschaften würden so bezahlt, daß sie einen heiligen Respekt vor diesem Eigentum haben müßten. Aber weit gefehlt. Eine Verhaftung hat sich auf dieses Gebiet verlegt, um in möglichst kurzer Zeit horrende Summen aus diesem Unternehmen herauszuschlagen. Löhne von 2,60 bis 3 Mtl. ist die juristische Bezahlung für 9 bis 12 Stunden Nachdienst in Sturm und Regen, Hitze und Kälte. Ein solcher Unternehmer hat sich in Mainz in wenigen Jahren ein bedeutendes Vermögen erworben und alsdann das Geschäft für 50 000 Mtl. verkauft. Dieses sollte für die Wächter allerorts zum Nachdenken Anlaß geben, daß sie mit hungrigen Mägen Tag und Nacht arbeiten, um für den Unternehmer hohe Summen Geld zu schaffen. In Mainz haben es die Wächter verstanden, sich zu organisieren, und ist es ihnen gelungen, in einer ganz kurzen Zeit einen Tarifvertrag mit dem Institut abzuschließen, der außer einer Lohnerhöhung von 5 Mtl. pro Mann im Monat noch wesentliche Verbesserungen vorseht. An den Kollegen selbst wird es nun liegen, dafür Sorge zu tragen, daß die Abmachungen strikte innegehalten und das fehlende bei einer günstigen Zeit nachgeholt werden kann. Mögen sich die Wächter allerorts an den Mainzern ein Beispiel nehmen und in die Reihen der organisierten Transportarbeiter einreihen. Dann werden auch bei ihnen andere Verhältnisse platzgreifen.

Transportarbeiter.

Augsburg. Die Kohlenfirma G. Somers Nachfolger hatte das Bedürfnis, auf den von uns gebachten Artikel durch ihren Rechtsbeistand eine Berichtigung loszulassen, in welcher der Herr Vertreter wenigstens den Versuch machte, die von uns erhobe-

nen Vorwürfe abzuschwächen. Wir hätten die Frage nicht noch mal aufgerollt, wenn diese sogenannte Berichtigung unsere vom 26. Dezember 1909 aufgestellten Behauptungen nicht als unrichtig bezeichnet hat. In erster Linie bestreitet die Firma, daß ihre Knecht, so heißt sie dieselben selbst, das Tagewerk früh um 2 1/2 Uhr beginnen müssen, sondern es werde um 6 Uhr, wie anderswo, eingespannt. Was sagt nun G. Somers Nachfolger, wenn wir den Beweis erbringen, daß Fuhrwerke von ihm mit einer Ladung Kohlen früh 5 Uhr auf der Straße nach Bechhausen getroffen wurden. Daß die Pferde 1 1/2 Stunden zuvor gefüttert werden müssen, kann auch die Berichtigung nicht aus der Welt schaffen und wenn nun dazu gerechnet wird, daß der Fuhrmann von seiner Wohnung bis zum Pferdebestall 1/2 ja teilweise 1 Stunde und darüber zu laufen hat, dann erlauben wir uns doch die Frage: „Was an dem von uns Behaupteten unrichtig ist?“ Wir wissen selbst, daß der Fuhrmann und ganz besonders der in Augsburg, zu seinem Frühstück keine 1 1/2 Stunden, wie seine Pferde, nötig hat; wenn dies der Fall wäre, dann müßte der arme Teufel nicht um 2 1/2 Uhr, sondern um 1 Uhr aufstehen, aber nicht etwa mittags, wie verschiedene große und größere Herren, sondern nachts. Ueberstunden werden bezahlt, so behauptet wenigstens die Berichtigung. Der Lohn ist besser als anderswo in Augsburg. Das letztere wäre nun allerdings noch lange keine Wohlat oder ein Geschenk, selbst wenn diese Behauptung richtig wäre.

Spannt ein Fuhrmann früh 5 Uhr bei G. Somers Nachfolger ein und fährt bis abends 9 Uhr, dann kommt er als Ueberstundenvergütung sage und schreibe 50 deutsche Reichsmünzen. Fürwahr, eine großeartige Bezahlung! Wenn nun die Firma erklären laßt, für jede Ueberstunde gibt es 30 Pf., dann müssen wir doch fragen, wie lange dauert denn der gewöhnliche Arbeitstag, denn von 5 bis 9 Uhr sind doch 16 Stunden, selbst wenn 1 Stunde Wespert und 1 1/2 Stunden Mittagzeit abgerechnet wird, bleiben immer noch 13 1/2 Stunden Arbeit. Angenommen, die Arbeitszeit betrüge täglich 10 Stunden, wie an anderen Orten, dann erhalten die Fuhrleute bei G. Somers Nachfolger „Große Kohlenfirma in Augsburg“, für 3 1/2 Stunden 50 Pf., oder pro Stunde etwa 14 Pf. Aber nun, lieber Leser, darfst Du nicht glauben, daß eine solche Vergütung anstandslos erfolgt. Wenn ein Fuhrmann Samstag Ueberstunden angibt, dann kann er die Antwort hören: „Was, Sie wollen noch Ueberstunden und haben die ganze Woche Kommissionen gefahren?“ Das heißt auf gutes Deutsch: „Sie haben doch auch Tringelber bekommen.“ Also die Kundschaft soll die Ueberstunden herappen, wenn die Arbeiter bei G. Somers Nachfolger bezahlt sein wollen. Wie reichlich bei der teuren Zeit in einer Arbeiterstadt wie Augsburg die Tringelber fließen, kann sich jeder Unbefangene selbst denken, aber selbst, wenn jemand aus Mitleid so einem armen Teufel ein kleines Geschenk gibt, dann hat es der Teufel mit dem schweren Stoh einfach treppauf treppab reichlich verdient und der Geber will dann sicherlich, daß die paar Pfennige dem Beschenkten und nicht der Firma gehören, wie es tatsächlich jetzt indirekt der Fall ist. Die Verurteilung auf die 1 1/2 stündige Mittagspause bei einem Fuhrmann, der seine Pferde selbst besorgen muß, ist geradezu lächerlich. Unterhalb Stunden brauchen die Pferde morgens zum Pressen, das wird in der Berichtigung selbst zugestanden. Damit ist doch unabweisbar gesagt, daß die Tiere bei der Hauptfütterung mindestens ebenso lang bebient werden müssen, weil auch die Pferde bei G. Somers Nachfolger sich ihr Futter und Wasser nicht selbst nehmen können. Der Fuhrmann hat also gar keine Mittagspause und muß sein Essen neben der Fütterung in der nächsten Wirtschaft einnehmen, weil das Geschäft der Firma in einem Stadtteil liegt, wo ein Arbeiter überhaupt keine Wohnung zu bezahlen vermag. Wie viele Arbeiter bezw. Fuhrleute bei G. Somers Nachfolger einen Wochenlohn von 24 bis 25 Mtl. erhalten; hat die Firma verschwiegen. Nach unserer Information bezieht dieser Lohn kein einziges außer den Anpassern, welche aber doch nicht als Ganzes gelten können. Und wenn gesagt wird, daß die andern Bezieher auch nicht besser bezahlten, so ist das keine Entschuldigung, sondern eine schwere Anklage gegen die heftigen Fuhrunternehmer im allgemeinen und gegen die Großfirma G. Somers Nachfolger im besonderen, an welcher allerdings nicht die Arbeitgeber allein, sondern auch die Arbeiter infolge ihrer Gleichgültigkeit die Schuld mittragen. Aber nicht nur die Fuhrleute, sondern auch die Expeditions- und Stohlenarbeiter leiden unter diesen traurigen Verhältnissen, denn mit 18 Mtl., wovon noch das Kranken- und Invalidenzgeld abgeht, ist heute niemand im Stande, eine Familie zu ernähren. Wollen die Kollegen andere Zustände, dann müssen sie sich dem deutschen Transportarbeiter-Verbande anschließen, statt zu schimpfen. Mit der Kritik allein ist nichts getan, da heißt es, Hand ans Werk legen und Aufrüstung schaffen, damit Einigkeit in die Reihen der Transportarbeiter kommt.

München. Je mehr die Unternehmer die Arbeiter ausnützen, umso weniger Lohn zahlen sie. Wer das nicht glauben will, soll bei der heftigen Expeditionsfirma Lehmann in Arbeit treten. Die Kollegen erhalten in diesem Betriebe einen Stundenlohn von 26 Pf. Eine Entschädigung für Sonntagsarbeit gibt es nicht, die Hauptfrage ist nur, immer Profit. Einem Kollegen wurden 9 Mtl. vom Lohne abgezogen, weil er einen Helztorper vom Wagen hat fallen lassen. Einem andern Kollegen wurden 6 Mtl. abgezogen, weil ihm beim Einladen eines Ballons der Boden herausgefallen ist. Fragen wir einmal Herrn Lehmann, ob er mit der Bezahlung der Ueberstunden auch so schnell zur Hand ist, wie mit den Abzügen? Hat Herr Lehmann einmal einen Transport, wo er denkt, daß die Leute nicht zahlungsfähig sind, so

Spricht er zu seinen Arbeitern: „Ihr behaltet ein Stück zurück“, und wenn es die Arbeiter nicht tun, dann werden ihnen entsprechende Lohnabzüge gemacht. Herr Lehmann sen. hat voriges Jahr einem Kollegen, als dieser einen Wagen schmiedete, eine Ohrfeige verabreicht, aus dem Grunde, weil der Wagen beim Schmieden nach vorwärts ging. Er hat aber unmittelbar darauf dem betreffenden Arbeiter einen Groschen gegeben. Eine beliebige Methode des alten Herrn.

Herr Lehmann jun. hat bei einem Transport selbst einmal eine Wank zerklagen und er sagte darauf zu einem Kollegen: „Wenn Sie nicht sagen, daß Sie die Wank zerklagen haben, so sind Sie ein Schuft in meinen Augen.“ Das sind Ausdrücke eines Fuhrmanns, um sich bei seinen Angestellten beliebt zu machen. Wir möchten Herrn Lehmann auch erlauben, die Trinkgelder, wie es sich gehört, unter die Arbeiter zu verteilen.

Den Baugener Transportarbeitern und Kutschern können wir nur dringend ans Herz legen, sich der Organisation anzuschließen. Die Gleichgültigkeit und Ineresselostigkeit muß nun endlich einmal aufhören, denn Ihr Kollegen hat es selbst in der Hand, eine bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das kann jedoch nur geschehen, wenn Ihr Euch Mann für Mann dem Verbands anschließt. Darum hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Unsere Organisation wird diese Zustände nicht aus den Augen lassen und nicht eher ruhen, als bis Ruhe geschaffen ist.

Berlin. Streit der Kutscher und Lagerarbeiter bei der Firma M. Guttschow. Wie Humanität und Gerechtigkeit von den Unternehmern heute gehandhabt wird, hat die Firma M. Guttschow, Mhl. und Landesprodukte, Friedrichstraße Nr. 234, in den letzten Tagen so recht gezeigt. Bei der genannten Firma sind 24 Kutscher und 23 Lagerarbeiter beschäftigt, von denen 36 unserer Organisation angehören. Die Anfangslöhne für Lagerarbeiter betragen 24 M. und steigen bis zum Schlußlohn von 27 M. pro Woche, die Kutscher erhalten im Anfang 27 M., welcher bis auf 30 M. stieg.

Die Arbeitszeit für Kutscher dehnte sich nicht selten bis 9 auch 10 Uhr abends aus. Die von den Arbeitern und Kutschern zu leistende Arbeit war auch nicht leicht, es waren Säcke von 2 Zentnern, auch die 2 Zentner zu transportieren. Ueberstunden für Kutscher wurden nicht vergütet.

Infolge der durch die Finanzwirtschaft der Regierung verwickelten Lage der Arbeiter haben sich auch die Kollegen bei der Firma M. Guttschow veranlaßt, von der eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu fordern. Der Vertrauensmann wurde mit noch drei erwählten Kollegen in diesem Sinne bei der Firma vorgeht. Die Kollegen erhielten gänzlich unzureichende Zugeständnisse, gaben sich aber vorläufig aus tatsächlichen Gründen damit zufrieden. Bei der Verhandlung mit der Firma wurde dem Vertrauensmann das Versprechen gegeben, daß Maßregelungen wegen der Forderung der Arbeiter nicht erfolgen sollten. Die Firma hat aber ihr Versprechen nicht gehalten, denn am 27. Januar erging die Entlassung des Vertrauensmannes, weil derselbe den Herrn Guttschow verurteilt habe. Es waren unter den Kollegen im Vertrauen auch solche Leute, die in frecherlicher Manier sich bei der Firma liebtes Kind zu machen. Diese Leute waren bei Aufstellung der Forderungen die größten Schreier, welchen das Geforderte nicht hoch genug war, der Firma gegenüber machten sie stielis Duckmäuser. Das Versprechen des Vertrauensmannes bestand nun darin, daß er das Verhalten dieser Protektionen der Firma nicht verschwiege. Ein gerecht denkender Arbeitgeber hätte diese Symptom getadelt, statt dessen muß der aufrichtige Arbeiter gehen. Der angebliche Grund für die Entlassung des Vertrauensmannes war so fadenförmig, daß die übrigen Kollegen diese Handlungsweise als eine Gewaltmaßregel der Firma an sahen. Am 31. Januar wurden die Kollegen wegen Wiederentstellung ihres Vertrauensmannes bei der Firma vorbestellt, erhielten aber von derselben eine schroff aussehende Antwort. Diese Handlungsweise der Firma aus gesehen, daß die Firma den Lohn von Neuzustellenden um zwei Mark gekürzt hatte, erging den Kollegen unserer Kollegen und legten 33 derselben die Arbeit nieder.

Die Firma ließ ruhig ihre alten Arbeiter, welche 5, 8, 10, ja sogar in einem Fall 22 Jahre bei derselben tätig waren, aus dem Betriebe gehen.

Nicht damit genug, entließ die Firma auch noch einen weiteren Kollegen, welcher 16 Jahre im Betriebe als Kassenbote beschäftigt war, lediglich aus dem Grunde, weil er im Verdacht stand, für die Organisation tätig zu sein. Mit den Kollegen, welcher 22 Jahre bei der Firma in Arbeit stand und an einen anderen Kollegen, welcher als Kassenbote tätig ist, stellte die Firma das Ansuchen, aus ihrer Organisation auszutreten.

Bedauerlicher Weise fanden sich auch Elemente die ihren kämpfenden Arbeitsgenossen in den Rücken stießen. Die Polizei tat ihre Schuldigkeit, um die arbeitswilligen Elemente genügend zu schützen.

Doch auch mit diesen, den Staat nützlichen Elementen wird es der Firma nicht möglich sein, ihren Betrieb in bisheriger Weise aufrecht zu erhalten.

Am 10. Februar fand im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine Versammlung der Kutscher samt aller Branchen Berlins statt, die sich mit dem Streit bei der Firma Guttschow beschäftigte. Der Referent schilderte, wie sich diese Firma aus ganz kleinen Anfängen emporgearbeitet habe, und wie sie es in ihrem 53-jährigen Bestehen von jeder verstanden habe, ihre Arbeiter auf das äußerste auszunutzen und mit den niedrigen Löhnen abzupeilen. Erst durch die Organisation sei es allmählich gelungen, die Lohn-

und Arbeitsverhältnisse einigermaßen zu regeln und zu verbessern. Deshalb war auch der Firma die Organisation ein Dorn im Auge und schon lange wartete sie auf eine passende Gelegenheit, den verhassten Verband aus dem Betriebe zu entfernen.

Der Referent schloß mit der Aufforderung an die Versammelten, die streikenden Arbeitskräfte in ihrem schweren Kampfe in jeder Weise zu unterstützen und forderte zu immer regerer Wirksamkeit für die Organisation auf.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich zuerst einige der streikenden Kollegen über die Einzelheiten des Kampfes aus, die dann noch von mehreren Rednern weiter diskutiert wurden. Besonders wurde betont, daß die Flugblätter zur Aufklärung der Stimmung schon so gut gewirkt haben, daß Beauftragte der Firma zu dem niedrigsten Mittel gegriffen haben, Verteilungen über die gemäßigten Kollegen zu verbreiten. Auch eine Kollegin aus Frankfurt a. M. sprach zur Sache und forderte die Kollegen energisch auf, mehr für die Aufklärung ihrer Frauen zu tun, den übermäßigen Alkoholgenuß zu meiden und die Genossenschaftsbewegung zu stärken durch ihren Beitritt. Ebenso müsse die Verkürzung der Arbeitszeit energischer propagiert werden.

Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution:

Die heute am 10. Februar 1910 im „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung der Kutscher und Lagerarbeiter aller Branchen Berlins nimmt mit Enttäuschung Kenntnis davon, daß die Firma M. Guttschow versucht, die bei ihr beschäftigten Arbeiter und Kutscher in der Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechts zu hindern und zwar durch Handlungen, welche nach den Bestimmungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung unter Strafe gestellt sind.

Ferner erachten die Versammelten das brisierendere Auftreten des Firmeninhabers gegenüber den Vertretern des Verbandes, welche eine gütliche Beilegung der ausgetretenen Differenzen herbeizuführen versuchten und dessen Anspruch: „Ich bin zufrieden, daß ich die alten Arbeiter los bin“, als die eines wohlwollenden und gerechten Arbeitgebers unwürdig. Dieses Verhalten kennzeichnet die Firma und läßt den Schluß zu, daß dieselbe bestrebt ist, ihre Arbeiter zu billigen Löhnen auszubenten.

Indem die Versammelten ihre schärfste Mißbilligung gegenüber der Firma aussprechen, verpflichten sich, ihre Arbeitskräfte von der Firma Guttschow mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln in ihrem gerechten Streik zu unterstützen und überall, wo sie als Kutscher in Geschäften oder sonstwie mit der Bewahrung in Verbindung kommen, das Verhalten der Firma zu kennzeichnen.

Gleichfalls verpflichten die versammelten Kutscher und Lagerarbeiter, eine lebhafte Agitation unter den Belegschaften bayrtgehend zu entzünden, daß jeder Kutscher und Arbeiter Berlins, den Arbeitsnachweis des Unternehmer-Verbandes im Transportgewerbe, Mühlensstraße 8, unbedingt zu meiden hat.

Dann wurde noch einer Anregung zugestimmt, in Bezug auf die eventuelle Ausdehnung des Kampfesfeldes und ferner beschlossen, über den Betrieb Guttschow die Sperre zu verhängen.

Zur Behandlung der Köhner Fuhrleute und Kutscher. Für die Anschauung gewisser Köhner Fuhrwerksbesitzer ist ein Schriftstück, das wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen, charakteristisch. Das Schreiben ist an einen einzuzustellenden Kutscher gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

„Hierdurch bejahte ich unsere mündliche Absprache, nach welcher ich Sie ab 1. Juli gegen ein Monatsgehalt von 105 M. und ab 1. Juli 1910 gegen ein solches von monatlich 110 M. engagierte. Kündigung gegenseitig 14 Tage. Eine festbegrenzte Arbeitszeit haben Sie nicht. Sie müssen vielmehr so lange arbeiten, und morgens so früh anfangen, namentlich bei Touren nach auswärts, bis die Zustellung der Waren oder die Arbeit im Hause erledigt ist. Sie besorgen das Ausfahren, Arbeit im Keller und Packraum, sowie meinen Privatgarten. Auch letztere Arbeit werden Sie hausangestellt, sind also verpflichtet, eventuell auch Sonntags, wenn es nötig ist, in mein Privathaus oder Garten zu kommen. Ebensol sind Sie verpflichtet, sollte ich mir später eigenes Pferd und Wagen anschaffen, dieses zu besorgen, und mal Sonntags oder nachts spät ausfahren, ohne Anspruch auf extra Vergütung. Die regelmäßige Arbeitszeit hier in meinem Geschäft ist von morgens 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis abends 6 Uhr. Sie haben aber wie gesagt, keinen Anspruch auf diese Arbeitszeit, können aber, wenn sonst nichts zu tun ist, diese Arbeitszeit auch einhalten. Ich bitte um Ihr schriftliches Einverständnis hierüber und zeichne

Hochachtungsvoll

Herrmann P y h r r.

Herr M. ist Besitzer einer Weingroßhandlung und eines Mineralwasserwerks am Hebering. Das Schriftstück ist nach mehr als einer Richtung interessant. Zugunsten des Arbeitgebers wollen wir für den Kutscher „nur“ eine dreizehnhündige Beschäftigung pro Tag unter Berücksichtigung der Fütterung und des Wagens des Pferdes rechnen, Sonntags nur eine vierstündige Beschäftigung für den letzteren Zweck. Es ergibt sich dann eine Bezahlung von etwas über 30 M. pro Stunde. Daß der Kutscher Universalarbeiter sein muß, ist schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Es fehlt noch, daß er im Hause noch Scheuerarbeiten und dergleichen verrichten muß. Daß es für den Mann eine festbegrenzte Arbeitszeit nicht gibt, ist eine Bestätigung dessen, was wir längst wissen. Diese Auslassung zeigt, welche Begriffe der Unternehmer von

den Lohn- und Arbeitsverhältnissen hat. Aber der Herr schaut in die Zukunft: Wenn alle Arbeiter seines Betriebes ausgenutzt werden wie in diesem Falle der Kutscher, dann werden sie ihm bald so viel verdient haben, daß er sich Pferd und Wagen leisten kann. Um sich jede Forderung des Kutschers für Liebearbeit vom Beibe zu halten, wird darauf verwiesen, daß für Sonntagsarbeit und nachts nicht vergütet wird. Es wäre auch viel zu viel verlangt, daß der Herr Unternehmer, wenn er etwa nachts von einem Vergnügen heimfährt, durch den Gedanken an die Bezahlung dieser Liebearbeit gestört würde.

Was dieser Unternehmer niedergeschrieben hat, das ist auch das Ideal der Mehrzahl der übrigen. Tatsächlich sind die Verhältnisse, unter denen die Fuhrleute und Kutscher leben, derart, daß sie unbedingt eine Änderung erfahren müssen. Der Arbeiter mag sich ruhig tot arbeiten, wenn der Unternehmer nur willfährige Arbeitskräfte hat und möglichst viel Gewinn aus ihnen herauspressen kann.

Diese Darlegungen sind ein gebieterischer Hinweis für die Kutscher und Fuhrleute, ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, zu stärken, damit solche unerhörten Zumutungen an die Arbeiter von der Willkür verschwinden müssen.

Königsstein. Drei Jahre sind nun ins Land gegangen, seit unsere Verwaltungsstelle gegründet wurde. Klein war zunächst das Hauslein bereit, die den Wert der Organisation zu würdigen wußten; ganze 14 Mann bildeten den ersten Stamm. Fleißige Agitation und mühevollere Aufklärungsarbeit ließen aber unsere Reihen bald erstarken. Die Zahl der uns unter Fahne gescharten Kämpfer ist jetzt auf 48 gestiegen, die treu und fest zusammenhalten. Freilich stehen uns auch heute noch eine ziemlich Anzahl Verursachter fern, weil sie den Nutzen des Zusammenschlusses noch immer nicht begriffen haben. Dabei haben wir hier noch in vielen Betrieben Wochenlöhne von 16 bis 17 M. zu verzeichnen und die Kollegen müssen dabei bis spät in die Nacht hinein arbeiten. Insbesondere haben die Kollegen beim Holzfuhrwerk nichts zu lachen; müssen sie doch bei ihrer äußerst schweren Arbeit sich noch den Bissen vom Munde abdarben, wollen sie ihre Familien nicht verhungern lassen. Da tut also Einigkeit und Geschlossenheit dringend not. Nun gibt es hier aber keine so generösen Arbeitgeber, die von selbst an den Löhnen ihrer Arbeiter zulegen. Also bleibt den Kollegen wirklich kein anderes Mittel, als sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe der Organisation zu erkämpfen. Das kann aber auch geschehen, wenn die Masse der Kollegen Mitglied im Verbands geworden ist. Deshalb Kollegen, je eher — desto besser: hinein in die Organisation!

Unsere Kollegen und die katholischen Fachabteilungen in Leobschütz. Zwischen Raibor und welche, unweit der österreichischen Grenze, liegt das Städtchen Leobschütz. Ruhig und friedlich liegt es da, auch die Einwohner bewahren diese Ruhe, so daß es für den oberflächlichen Beobachter den Anschein hat, als wenn der Kampf auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, der draußen in der Welt tobt, vor den Toren dieses Städtchens Halt gemacht hat.

Aber wie gewöhnlich der Schein trügt, so auch hier. Trotzdem Herr Dr. Kleischer, der Generalsekretär der katholischen Fachabteilung, hier einen starken Anhang hat, trotzdem die Mehrzahl der Fachabteiler auch im Militärverein sind, trotzdem allen diesen Leuten immer und immer wieder vorgehalten wird, wie gut sie es im Innern haben werden, scheidet doch die Unzufriedenheit durch, weil diese Leute tagtäglich sehen, daß mit zweifelhafte Maß gemessen wird, daß ein Unrecht gemacht wird zwischen arm und reich.

Leobschütz ist keine eigenliche Industriestadt, besteht aber eine Anzahl Holzwarenfabriken, zwei große Mälzereien, drei Brauereien, mehrere Mühlen, die unter der Firma „Vereinigte Leobschützener Mühlenwerke“ betrieben werden, zwei große Expeditionsgeschäfte und mehrere Speichereien, in denen Hunderte von Arbeitern beschäftigt werden.

Die Löhne, die hier gezahlt werden, sind, wie überall, wo die katholische Kirche dominiert, erschrecklich niedrig, sind doch Beträge von 10 bis 12 M. die Woche an der Tagesordnung.

Die Löhne der Weber sind durch eine im vergangenen Herbst stattgefundenen Lohnbewegung etwas in die Höhe gegangen, lassen aber noch viel zu wünschen übrig. Die Weber, die zum Teil organisiert sind, werden aber versucht, weitere Aufbesserungen herbeizuführen.

Wie sieht es aber mit den im Transportgewerbe beschäftigten Kollegen? Ja, hier sieht es ja ganz traurig aus. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, früh um 5 Uhr geht es heraus und abends um 10 Uhr ist Feierabend. Der Lohn beträgt 1,50 bis 2 Mark pro Tag. Für eine unbeschränkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft pro Tag 1,50 M. Für eine tägliche Arbeitsleistung von 17 Stunden pro Stunde 9 M. Gibt es einen größeren Lohn auf die menschliche Arbeitskraft. Daß die Behandlung ebenfalls viel zu wünschen übrig läßt, wird man sich denken können.

Aber unsere Kollegen haben sich bisher nur recht wenig den Kopf zerbrochen, warum es so ist, warum es nicht anders sein kann.

Die Herren vom katholischen Fachverein klammern sich gar nicht um die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder, bei ihnen ist die Hauptsache, Feste zu arrangieren, bei denen die Mitglieder als Dekorationsstücke verwendet werden. Auf diese Weise glauben sie am besten, die Kollegen vom Nachdenken über ihre eigentliche Lage abzuhalten.

Daß die Herren vom katholischen Fachverein durchaus nicht gewillt sind, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, zeigt am besten die Lohnbewegung der Weber vom Herbst vergangenen Jahres.

Die freigeordneten Weber der Firma Winkler stellten damals Lohnforderungen, die ihnen aber freiwillig nicht gewährt wurden, nachgedungen mußten sie in den Streik treten, ihnen schlossen sich die im Fachverein organisierten Weber an. Der Vorstand des Fachvereins suchte nun im Streik zu fischen und versuchte allein mit Herrn Winkler zu verhandeln. Ob nun Herr Winkler in die Klasse der Facharbeiter eine bestimmte Summe bezahlt hat, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Jedenfalls wurde aber vom Vorstand den Mitgliedern mitgeteilt, wer am nächsten Tage nicht die Arbeit aufnimmt, erhält keine Unterstützung. Trotzdem wurde am folgenden Tage nur einer Streikbrecher, die anderen aber, die sahen, wie sie betrogen wurden, traten zum deutschen Textilarbeiter-Verband über.

Die Weber erzielten durch ihr festes Zusammenhalten eine erhebliche Lohnzulage.

Daß die Arbeiter auch im Militärverein nur als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, können sie am besten daraus erleben, daß, wenn ein Arbeiter zur letzten Mühe geleitet wird, niemand mitgeht, ganze 8 bis 10 Mann folgen jedoch einem Arbeiterbegräbnis. Wird aber einer der besser bemittelten Mitglieder beerdigt, wird keine Mühe gespart, das Begräbnis so prachtvoll wie möglich zu gestalten.

Die Arbeiter werden nur zur Staffage benutzt. Ihre Beiträge braucht man auch, man will auch mit der Mitgliederzahl prunken. Im Uebrigen wird für sie nicht das Geringste getan. Die Arbeiter sollen sich mit dem Jenseits begnügen, während es sich die andern so bequem wie möglich machen und die Freuden des Lebens in vollen Zügen genießen.

Unsere Kollegen Kutscher und Arbeiter sollten einsehen, daß sie von jener Seite keine Hilfe erwarten können, sie müssen aber auch einsehen, daß, nachdem alle Bedarfsartikel durch indirekte Steuern enorm verteuert worden, mit den niedrigen Löhnen nicht zu leben ist. Sie müssen sich dem deutschen Transportarbeiter-Verbande anschließen, um mit Hilfe desselben bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen.

Der Anfang ist gemacht, eine Anzahl der Kollegen hat sich schon dem Verbande angeschlossen, die andern Kollegen müssen dasselbe tun. Schafft eine feste Mauer und wir werden es den Webern gleich tun können.

Für die Kutscher und Arbeiter im gesamten Transportgewerbe kann nur die Losung lauten: „Heraus aus dem katholischen Fachverein, heraus aus dem Militärverein. Hinein in den deutschen Transportarbeiter-Verband!“

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Wiesbaden. Am 30. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, welcher gutgeheißen wurde. Alsdann gab Kollege Sauer den Massenbericht, der eine Zunahme von Beiträgen aufwies. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Bevollmächtigter wurde Kollege Wollstor, als 2. Kollege Pelz, Kassierer Sauer, 1. Schriftführer Wieland, 2. Müller, als Revisoren wurden die Kollegen Vorheimer und Specht gewählt.

Hierauf hielt der Gauleiter einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Diskussion war eine sehr rege; ein Teil der Kollegen sprachen sich gegen die im „Courier“ veröffentlichte Beitragserhöhung aus, ebenso gegen den Zusammenschluß. Ein Kollege aus Mainz führte an, daß es keine Organisation mehr in Deutschland gebe, die bei so niedrigen Beiträgen diese hohen Unterstützungssätze zahle, wie der Transportarbeiterverband. Die Leistungen werden immer besser und größer, folgedessen müssen wir auch höhere Beiträge zahlen. Was der Zusammenschluß mit den Hafnarbeitern betrifft, so kann uns dieses nur sehr wünschenswert sein, denn da ist noch ein großes Feld zu bebauen, und bei Lohnbewegungen ist es von großem Nutzen. Redner erinnerte an den Fuhrmannsstreik in Mainz, und daß gerade da die Hafnarbeiter sehr behilflich waren. Nachdem noch über die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einige Kollegen sich ausgesprochen, forderte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen auf, sich recht rege an den Versammlungen zu beteiligen und tüchtig für den Ausbau der Organisation mitzuwirken.

Chemnitz. Am 23. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder und die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise.

Der Geschäftsführer gab den Jahresbericht. In gedrängter, doch anschaulicher Weise ließ derselbe alle wichtigen Vorkommnisse des beendeten Geschäftsjahres vor dem geistigen Auge der Anwesenden vorüberziehen und wies an der Hand der Beiträge als auch der geleisteten Beiträge überzeugend nach, daß sich unter Berücksichtigung der noch immer auf dem Erwerbsleben schwer lastenden Krise, die Verwaltungsstelle, wenn auch langsam, doch stetig vorwärts entwickelte. Es liege demnach keine Ursache vor, kleinmütig zu sein, vielmehr können wir mit neuem Mut und neuen Hoffnungen in das neue Geschäftsjahr eintreten. Der Erfolg wird umso größer sein, je mehr alle Mitglieder bestrebt sind, an der Stärkung und Festigung der Organisation tatkräftig mitzuwirken. Der Vortragende gab schließlich noch ziffernmäßige Belege dafür, inwiefern manche Kollegen bemüht waren, neue Mitglieder zu werben, wobei es Mancher auf recht ansehnliche Zahlen gebracht hat. Der Massenbericht wurde mit Befriedigung entgegengenommen und der Kassierer entlastet. Die Wahl der Ortsverwaltung und der Revisoren zeitigte das Ergebnis, daß dieselben Personen, soweit sie nicht freiwillig verzichteten, ausnahmslos wiedergewählt wurden.

Dresden. Branchenversammlung der Markthelfer und Last- und Speditionskutscher in Dresden. Am 19. Januar fand die Branchenversammlung der Markthelfer, Pader 2c. und am 22. Januar die Versammlung für Last- und Speditionskutscher statt. Einem längst schon als dringend empfundenen Bedürfnisse Rechnung tragend, referierte der Bevollmächtigte über unser Verbandsstatut. In ausführlicher Weise wies der Referent zunächst auf Zweck und Ziel unseres Verbandes hin, dann auch auf Eintritt, Austritt und Ausschluß der Mitglieder. Im Anschluß hieran erläuterte er die Bestimmungen, welche sich mit den einzelnen Unterstützungsarten befassen. Ueber diesen Teil des Statutes Klarheit unter den Kollegen zu schaffen, ist wohl von größter Wichtigkeit; bildet doch die Unterstützungsfrage fast immer den Grund zahlreicher Differenzen zwischen Kranken bezw. arbeitslosen Kollegen und der Ortsverwaltung. Dies alles jedoch ist nur die Folge der Unkenntnis des Statutes oder auch der unrichtigen Auffassung der betreffenden Paragraphen. Redner versuchte deshalb auch, den Anwesenden völlige Klarheit zu vermitteln, worin und wie lange jeder Einzelne das Recht hat, Unterstützung zu beziehen; es muß sich eben jeder vor allem rechtzeitig im Bureau melden und sich den diesbezüglichen Bestimmungen anpassen. Dann schilderte Redner, wie der Zentralvorstand darauf gekommen sei, im Interesse der gesamten Kollegen eine Neuordnung der Unterstützungsfrage vorzunehmen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Verschmelzung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung zu einer Erwerbslosen-Unterstützung, d. h., in Zukunft erhält jeder Kollege, der krank oder arbeitslos wird, und laut Statut bezugsberechtigt ist, eine nach einheitlichen Regularien festgesetzte Unterstützung. Durch die Zusammenlegung sowohl als auch durch beträchtliche Erhöhung der Unterstützungsgelder ist für die Kollegen ein ganz bedeutender Vorteil herausgesprungen. Näheren Aufschluß gab er noch über die Maßregelungs- und Streitbestimmungen, ebenso über Notfallunterstützungen und Gewährung von freiem Rechtsschutz in beruflichen Streit- und Klagesachen. Letzteren betreffend ersucht Redner alle Kollegen, wenn sie um Rechtsschutz nachsuchen, dies immer rechtzeitig, nicht wie dies meist der Fall ist, erst am Tage vor dem Termin, im Bureau zu melden, denn nur dann ist es möglich, den Kollegen eine tüchtige Verteidigung zu bestellen. Redner ermahnt alle Kollegen, sich jederzeit im Interesse der Organisation zu betätigen, vor allem aber auch in Versammlungen die persönliche Fehde zu meiden, da in allen wichtigen Fragen der Organisation das Interesse dieser nur gewahrt werden kann, wenn in einmütigem Zusammengehen der persönliche Kampf begraben wird.

In der Debatte hegte in der Versammlung der Kollegen Kutscher der Kollege Bergner Zweifel, daß durch die Erwerbslosenunterstützung Vorteile für die Kollegen zu verzeichnen seien. Dies veranlaßte die Kollegen Baoscha und Richter zu längeren Ausführungen, um die irrige Ansicht des Kollegen B. und an der Hand von Belegen das gerade Gegenteil festzustellen.

Dann wurde der Bericht der Branchenvertreter gegeben. Hierzu sprach in der Versammlung der Markthelfer, Pader 2c. der Kollege Baoscha. Er kam zunächst auf die allgemeine Lage der Markthelfer zu sprechen und wies darauf hin, daß, obwohl dieselben unter oft unerhörtester Ausbeutung der Unternehmer zu leiden haben, sie den Weg zur Organisation noch immer nicht finden wollen. Zwar haben frühere Branchenvertreter mit Hilfe der Ortsverwaltung versucht, diesem Indifferentismus entgegenzutreten, bisher jedoch nur mit wenig Erfolg. So war auch Anfangs des vergangenen Jahres die Hoffnung auf Besserung der Markthelfer-Organisation sehr schwach, umso mehr, als in der ersten Hälfte des Jahres die Lohnbewegung der Kollegen Kutscher durchzuführen war und hier alle verfügbaren Kräfte gebraucht wurden. In einer Vertrauensmännerziehung im Juni befaßte man sich dann damit, Mittel und Wege zu finden, um eine systematische Agitation unter den Kollegen Markthelfern zu entfalten. Dem Antrage eines Kollegen entsprechend wurde eine Agitationskommission gebildet, welche nun daran ging, branchenweise die uns fernstehenden Markthelfer zu arbeiten. Der Kollege gab den Anwesenden nun ein Bild, mit welchen Schwierigkeiten wir da überall zu rechnen hatten, daß wir anfangs bei der Verteilung der Handzettel immer unter falscher Flagge setzten und unsere Besprechungen demzufolge meist in rein bürgerlichen Lokalen abhielten. Wenn nun auch die Besucher oft nur in mäßiger Zahl, 10-35 Mann, zugegen waren, so hatten wir mit geringen Ausnahmen fast immer befriedigende Erfolge zu verzeichnen. Am Jahresschluß konnten wir konstatieren, daß in 17 derartigen Besprechungen 140 Kollegen in unsere Reihen Aufnahme gefunden, ausschließlich einer ganzen Anzahl, welche sich später noch im Bureau anmeldeten und den Beitritt erklärten. Kollege Baoscha wies nach, daß selbst trotz größter Schwierigkeiten Erfolge möglich sind, wenn eben die Kollegen den festen Willen zeigen, alles daran zu setzen, die Organisation zu stärken; wenn man nicht von vornherein die Sache für zwecklos hält, sondern alles versucht, die Fernstehenden heranzuziehen und ihnen dann die bittere Notwendigkeit vor Augen führt, wie sie nur durch Beitritt zur Organisation einmal in die Lage kommen können, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dazu ist aber vor allem das eine nötig: die größtmögliche Unterstützung aller organisierten Kollegen Markthelfer! Mit dem Wunsche, daß die künftige Sektion der Markthelfer auch im kommenden Geschäftsjahre sich weiter entwickeln möge, schloß der beifällig aufgenommenen Bericht.

Baoscha wurde einstimmig als Leiter wiedergewählt.

In der Versammlung der Last- und Speditionskutscher hatten die Kollegen Pech und Feistel Bericht zu erstatten. Ersterer führte zunächst an, wie der jetzige Tarifabschluß zu Stande gekommen sei. Er behauptete, daß nicht mehr herauszuholen war, wohl infolge des lauen Verhaltens unserer Kollegen in der Zeit der Lohnbewegung. Noch heute sind einige Firmen, die den Tarif völlig ignorieren. Dies dürften sie aber kaum wagen, wenn eben unsere Kollegen besser auf dem Posten wären. Um die Agitation unter den Kollegen Kutschern besser in Gang zu halten und auch etwaigen Uebergriffen seitens der Unternehmer vorzubeugen, waren über 100 Betriebsbesprechungen nötig. Redner ersucht die Kollegen Schwefelkutscher noch, Versammlungen und Betriebsbesprechungen besser zu besuchen.

Nach Berührung einiger allgemeiner Punkte berichtigte Kollege Feistel von stattgefundenen Verhandlungen mit den Firmen Dresdener Patetfabrik, Dresdener Führwesen, „Sinalco“ (Michel u. Görne). Berichterstatter kommt dann noch auf die „Si-Si-Werke“ zu sprechen. Während in allen vorgenannten Betrieben ohne Stumpf alles erreicht wurde, kam es in den „Si-Si-Werken“ zum Streik, der durch den Streikbruch einiger früherer Kollegen nicht den erwünschten Ausgang nahm, trotzdem aber noch zu einem Tarifabschluß mit der Firma führte. Nachdem der Kollege noch einige Firmen bekannt gegeben, bei denen Unorganisierte fahren, machte er einige Ausführungen über die unzulängliche Bezahlung der Kollegen Kutscher in Dresden im Vergleich zu den anderen deutschen Großstädten.

In der hierauf folgenden Debatte bemängelten die Kollegen Jäbel und Herold den schlechten Verlauf der Versammlung, der auch angesichts der ziemlich guten Organisationsverhältnisse der Kollegen Kutscher ungenügend zu nennen war. Als Delegierte in die Ortsverwaltung wurden Kollege Pech für die Lastkutscher und Kollege Feistel für die Geschäftskutscher vorgeschlagen und einstimmig wiedergewählt.

Erfurt. In der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß 12 Mitgliederversammlungen und 15 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl hat sich von 134 auf 148 erhöht. Nachdem der allen Ortsverwaltung Decharge erteilt, erfolgte Neuwahl derselben. Es wurden gewählt die Kollegen Aug. Bauß 1. Bevollmächtigter, Wilh. Geismar 2. Bevollmächtigter, Kompe Kassierer, Wilh. Kropp Schriftführer, Christian Beel, Karl Orthal und Fischer als Beisitzer, Heinrich Bleske, Blant und Bleichschmidt als Revisoren, und als Kartelldelegierte Bauß, Kühner und Bleichschmidt. Dem Jahresbericht des Kassierers zufolge steht der Einnahme von 2830,59 Mk. eine Ausgabe von 2874,35 Mk. gegenüber. Es ist somit ein Defizit von 43,76 Mk. vorhanden. Kassenbestand am 10. Januar 1909 210,90 Mk., am 8. Januar 1910: 167,14 Mk. Ein Antrag des Hauptvorstandes, pro Mitglied und Jahr 2 Mk. zur Gründung eines eigenen Heimes in Berlin zu erheben, wurde angenommen, und sollen zu diesem Zwecke 25 Pf.-Marken ausgegeben werden. Kollegen, wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, Zeitungen vom Schlage des Anzeigers usw. aus Euren Wohnungen zu verbannen und die Presse, die Euch in Euren wirtschaftlichen Kämpfe unterstützt, zu abonnieren. Für Erfurt kommt nur die „Erbüne“ in Frage. Auch der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Kollegen, wacht endlich auf, laßt Eure Klümmereie beiseite, beteiligt Euch rege an der Agitation, damit auch der Letzte uns noch fernstehende Kollege zum Verband herangezogen werden kann, denn vereint können wir alles, bereinzelt nichts.

Forst i. L. In der Generalversammlung am 23. Januar wurde der Massenbericht vom 4. Quartal gegeben. Die Einnahmen betragen 395,91 Mk., die Ausgaben 258,70 Mk., so daß ein Kassenbestand von 137,21 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist von 47 auf 78 Mann gestiegen. An Unterstützungen wurden im vergangenen Jahre 611,70 Mk. ausgezahlt. In die Verwaltung wurden gewählt: Böschmann und Matthei Bevollmächtigte, Kesting Kassierer, Pöschan und Hirsch Schriftführer, Schiemeng, Weigel, Schmidt, Revisoren; Kartelldelegierte: Böschmann, Monneberger und Mübiger. Dem Antrage des Vorstandes auf Erhebung eines Extrabeitrages von 2 Mk. zur Beschaffung eines eigenen Heimes wurde zugestimmt und außerdem 70 Mk. hierzu aus der Ortskasse bewilligt. Nach einer Aufforderung zu reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Frankenberg i. S. Generalversammlung am 20. Januar. Die Abrechnung vom Weihnachtsfest ergab einen Ueberschuß von 23,28 Mk. Im letzten Quartal wurde eine Einnahme von 218,48 Mk. erzielt, der eine Ausgabe von 169,36 Mk. gegenübersteht. Kassenbestand 171,63 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es wurden im vergangenen Jahre 15 Versammlungen und 27 Sitzungen abgehalten. Die Verwaltung bilden: Mehlhorn und Lepart, Bevollmächtigte, Preußner Kassierer, Haufe Schriftführer; Binder, Bartel, Füllmich Revisoren. Die Kollegen wurden schließlich noch zu reger Agitation aufgefordert.

Gießen. In der am 30. Jan. abgehaltenen Generalversammlung gab der Kassierer den Jahresbericht, woraus zu entnehmen war, daß trotz der schlechten Konjunktur doch noch ein Zuwachs zu verzeichnen war. Alsdann schritt man zur Neuwahl. Als 1. Vorsitzender wurde Loose, als 2. L. Becker, als Kassierer J. Becker wiedergewählt, als Schriftführer wurde Müller, als Revisoren Rehl und Schweizer

und Grief bestimmt. In die Gewerkschaftshauskommission wurde Gose gewählt. Auf Antrag des Kollegen Großhaus wurde beschlossen, die Mitglieder-Versammlung jeden zweiten Sonntag im Monat abzuhalten.

Glogau. Generalversammlung am 23. Januar. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und machte dann auf zwei Volksvorstellungen aufmerksam, die am 13. Februar und 6. März stattfinden. Die Einnahmen aus dem 4. Quartal betragen 424,95 Mk., die Ausgaben 405,69 Mk. Der Kassenbestand beträgt 436,28 Mk. Die Verwaltungsstelle zählt 124 männliche und 7 weibliche Mitglieder. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Verwaltung wurde fast einhellig wiedergewählt. Es soll ein Wintervergütigen abgehoben werden. Nach einer Aufforderung zu reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Görlitz. In der am 23. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab der Kassierer zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartal. Kassenbestand am Schluß des 3. Quartals 447,22 Mk. Einnahmen 1003,50 Mk.; brüchliche Ausgaben 292,47 Mk.; an die Hauptasse gesandt 702,33 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 455,92 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 174 männliche, 2 weibliche, 1 jugendl. Darauf verlas der Kassierer die gesamte Jahresabrechnung, welche die Revisoren bestätigten. Der Vorsitzende berührt auch die Gründe, welche dazu geführt haben, daß unsere Zahlstelle in diesem Jahre keine Fortschritte gemacht hat. Die Neuwahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: Als Bevollmächtigter wurde Kollege Köhler per Affirmation wiedergewählt. Da der bisherige Kassierer Kollege Brückner ablehnt, wird Kollege Max Barisch einstimmig gewählt. Als Beisitzer fungieren die Kollegen: Wihl, Schäfer, Brückner, Hofer, Grosch, Zimmer, Günther und Witt. Dem bisherigen Kassierer Brückner wird von der Versammlung Dank für seine zehnjährige, aufopfernde Tätigkeit gezollt. Als Revisoren wählte die Versammlung die Kollegen Kemmer, Seibt und Rymann; Kartelldelegierte sind die Kollegen Köhler, Zimmer und Witt; Erbshmann, Kell, Wihl, Kunz. Den Posten eines Bibliothekars vertraute die Versammlung dem Kollegen Teschner an und wird derselbe auch außer an Versammlungstagen, Sonntag vormittags zwischen 11 und 12 Uhr im Feiseneller zur Ausgabe von Büchern anwesend sein. Der Antrag des Hauptvorstandes betreffs Erhebung eines Extrabeitrages von 2 Mk. pro Mitglied zur Erwerbung eines Grundstückes für ein eigenes Heim, wird nach längerer Debatte angenommen. Die Belassung unseres Bureaus und Arbeitsnachweises am 1. April nach Luisenstr. 8, in das Haus der Druckerei der „Görlitzer Volkszeitung“ wurde einstimmig gutgeheißen. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Gradow. Am 30. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Der Gauleiter hatte das Referat übernommen und sprach über „Die Interessenvertretung der Arbeiter und wie kann diese gefördert werden.“ Koll. Schmidt ergänzte die Ausführungen und wies auf die große Arbeitslosigkeit am Orte hin und schilderte die Hilfe, die der Verband seinen arbeitslosen Kollegen zuteil werden ließ. Anschließend an die öffentliche Versammlung fand eine Mitglieder-Versammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht und konnte mit Befriedigung auf den nicht unbedeutenden Aufschwung im Markenumsatz hinweisen. Beschlossen wurde, dem Verbandsvorstand 40 Mk. als Darlehen zu überweisen. Der Extrabeitrag soll dadurch aufgehoben werden, daß in jedem Quartal zwei Extrabeiträge à 25 Pf. zu entrichten sind. Die Neuwahl ergab: 1. Bevollmächtigter H. Schuldt, Kassierer H. Jacobs, Schriftführer H. Möller, Revisoren Frundt und Santowsky. Einen Antrag unseres Vereinswirts, 10 Mk. pro Jahr für Heizung des Versammlungsortes zu zahlen wurde abgelehnt, da es sich doch nur um einen kleinen Raum handle. Beschlossen wurde, 1 Mk. pro Versammlung, sofern gehezt werde, zu bezahlen. Hiermit erklärte sich unser Wirt einverstanden. Nachdem noch verschiedene Mißstände in den resp. Betrieben besprochen wurden, schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

Hamburg III. Generalversammlung am 2. Februar. Zum Jahresbericht für 1909 nimmt der Vorsitzende das Wort. Nedner führt aus: Das verfloßene Jahr war für unsern Verein ein bedeutungsvolles. Unter den mannigfachen Aufgaben, die uns erwachsen, ist vor allem der Anschluß an den Deutschen Transportarbeiter-Verband hervorzuheben, der in der Aprilversammlung einstimmig beschlossen und mit dem 1. Mai durchgeführt wurde. Hiermit hat unser Verein sich ebenfalls in die Reihen der übrigen freien Gewerkschaften gestellt, bereit, mit einzutreten für die Interessen der Arbeitbrüder im weiteren Umfang. Zu begrüßen ist die nun auch perfekt werdende Verschmelzung des Verbandes mit denen der Hafenarbeiter und Seeleute. Nedner geht noch des längerer auf die Kämpfe und Zwistigkeiten näher ein, die dem Uebertritt unseres Lokalvereins zum Verbande vorausgingen. Mit dem Siege der Zentralisation zog sich ein kleines Häuflein der fanatischen Lokalführer zurück, andere waren ausgeschlossen worden wegen Machinationen, die nicht in den Rahmen einer demokratischen Gewerkschaft hineinpaffen. Hier von wurden 48 Mitglieder betroffen. Alle diese haben sich zusammengefunden in dem gelben Vereinchen, das heute noch bei dem Wirt Heeschen vegetiert. Wenn nun ihrerseits auch alles geschieht, uns Vorzügen wegzunehmen, so durch Nachahmung unseres Namens und unserer Zirkulare, und andererseits, indem man die Firmeninhaber direkt auf uns aufmerksam macht und sagt: „Seht, das sind die Roten!“ So können wir getrost sagen: Diese Konkurrenz gereicht uns nicht zum Schaden. Wie aus dem Bericht zu ersehen, ist unsere

Mitgliederzahl, die anfangs des Jahres 1327 betrug, mit 1306 am Jahresabluß sich ungefähr gleich gehalten, d. h., die letzten Quartale haben den in der Kampferiode erzielten Verlust ziemlich wieder eingebracht.

Der Markenumsatz betrug im Ganzen 64 419, vom 1. Mai, dem Tage des Anschlusses ab 36 083. An Aufnahmen registrierten wir bis 1. Mai 192, vom 1. Mai bis 31. Dezember 281, hierunter 126 Jugendliche.

Ebenso ist bezüglich unseres Arbeitsnachweises zu konstatieren, daß, ausgehend von der ungünstigen Konjunktur, die bis über die Hälfte des Jahres hinaus noch lähmend auf unsern Arbeitsmarkt wirkte, wir einem Stadium des Aufschwinges entgegen gehen.

Es meldeten sich arbeitslos 932 Kollegen. Von 1111 gemeldeten festen Stellen wurden 656 besetzt, das ist 101 mehr als im Vorjahre oder 59 pCt., während 1908 nur 51 pCt. der gemeldeten Stellen besetzt wurden. Außerdem wurden 1643 ungeschickten Stellen für Wochen, Tage oder Stunden. Hierdurch erzielten die arbeitslosen Kollegen einen Verdienst von zusammen über 10 000 Mk.

Im gedruckten Bericht haben zur Charakterisierung der Kampfesweise der „Lokalisten“ und zur Rechtfertigung des von uns eingenommenen Standpunktes die verschiedenen Schmähechriften und Flugblätter Platz gefunden, außerdem die Briefe usw., die auf die Einigungsfrage Bezug haben, und schließlich die Uebergangsbestimmungen selbst. Hervorzuheben ist noch die im Herbst über den Journalistenbetrieb von H. Jantzen, Glockengießerwall 14, verhängte Sperre wegen Maßregelung einiger der Verbände angehörender Kollegen. Daß hier nichts Positives erreicht wurde, ist dem Verhalten der dort in Arbeit stehenden Mitglieder und der uns fernstehenden zuzuschreiben. Hier der ersten mußten wegen Streikbuchs aus dem Verbände ausgeschlossen werden. Nedner verweist im Uebrigen auf den gedruckten Bericht, dessen genaues Studium er jedem aus Herz legt. Aus dem dem Text beigegebenen Tabellen ergibt sich alles weitere über Lohn-, Krankheits-, Arbeitslosigkeit- und Unterstützungsverhältnisse der Mitglieder. Ebenso gestattet die genaue Durchsicht des Werkes einen Einblick in die immense Arbeitslast der Ortsverwaltung.

Bezüglich der Jahresabrechnung ist zu bemerken, daß unser Gesamtkassenbestand auf 30 171,49 Mk. sich erhöht hat. Unter den Ausgaben sind die Posten: Kartell- u. Beiträge sowie Abführungen an die Hauptkasse neu, ebenso die Kosten für Verrentung des „Couriers“. Wenn die letztgenannte Ausgabe nur als eine ebenso notwendige wie nützliche genannt werden kann, so darf bezüglich der Abführungen von einer eigentlichen Ausgabe nicht gesprochen werden. Dieses Geld bleibt ja im Verbände und partizipiert unsere Mitgliedschaft gleichmäßig, wie alle anderen an diesen Mitteln im Rahmen des Statuts. Es werden hieraus die Unterstützungsausschüsse seitens der Hauptkasse gezahlt und außerdem die Untkosten für Agitation unter den fernstehenden Arbeitbrüdern bestreiten.

Nedner schließt seine Ausführungen damit, daß er den beabsichtigten Abschluß des Jahres hervorhebt und dankbar der großen Anzahl neuer Kollegen, die in ausopferndster Hingabe mitgewirkt haben, gedenkt, durch die wir das geworden sind, was wir jetzt sind. Jeder möge nun auch in Zukunft seine volle Pflicht tun, wie die Verwaltung glaubt, die ihre für das verfloßene Jahr getan zu haben. In der Diskussion, an welcher sich Pieper, Jantzen, Diebuhl und Kollau beteiligten, wird der Arbeit des Vorstandes Anerkennung gezollt. Die nun vorgenommenen Wahlen ergaben: 1. Vorsitzender (Bevollmächtigter) H. Michaelien; 2. Vorsitzender B. Fischer; 1. Kassierer H. Kollau; 2. Kassierer G. Harung; 1. Schriftführer G. Deyendorf; 2. Schriftführer H. Richter; Beisitzer: G. Heilmann; Revisoren: J. Heimers, C. Pieper, H. Koch; Fahnenkommission: Diebuhl, Lorenzen, Kranz, Wischendorf, Hoffmann, Koch; Kuratorkommission: J. Peters, Wienau, Junge, Diekmann. Für den 11. Bezirk wird Kollege Wundt, für den 8. (Altona) Südemann als Kassierer gewählt. Bezüglich des im Mai in Hamburg stattfindenden Verbandstages wird beschlossen, daß etwaige Anträge, die für diesen bestimmt sind, wenigstens 8 Tage vor unserer nächsten Versammlung in Händen des Bevollmächtigten sein müssen. Außerdem wird vom Vorsitzenden das neue Statut, soweit es Änderungen enthält, verlesen und genehmigt.

Harburg. Am Sonntag, den 23. Januar hielt die hiesige Ortsverwaltung ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Kröger. Die Arbeiten wurden erledigt in 20 Mitglieder-, 2 öffentlichen Versammlungen, sowie 15 Betriebsversammlungen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 179. Zunahme 13 Mitglieder. An Unterstützungen wurden im Laufe des Jahres 1424,81 Mk. gezahlt; davon Kranken- 381,80 Mk., Arbeitslosen- 863,50 Mk., Streik- und Gemäßigten- 616,60 Mk., Gymnastik 55,— Mk., sowie Rechtschutz 27,85 Mk. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig, ebenso die Revisionen. Nedner forderte zum Schluß auf, für den Verband kräftig zu agitieren, die Versammlungen besser zu besuchen, sowie dem sozialdemokratischen Verein beizutreten und Leser des „Vollblattes“ zu werden.

Die Neuwahl ergab folgendes: Vorsitzender Kröger, Augustin 1., Sähling 2. Kassierer, Schriftführer Sähling; Revisoren N., B. und J.; Kartelldelegierte Augustin, Edelbüttel und Frau Ubers; Hilfskassierer Peters, Augustin und Sähling. Dem Antrage des Zentralvorstandes betreffend Grundübernehmung und der Erhebung des Extrabeitrages von 2 Mk. pro 1910 in Raten à 50 Pf. stimmt die Versammlung zu; auch gibt dieselbe ihre Zustimmung, daß 700 Mk. vom Kassenbestand zu übernehmen werden. Zum Einheitskongress in Hamburg soll in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung Stel-

lung genommen werden und der Kollege Wagner in die Referieren. Nachdem dann unter Verschiedenes die Wahl eines Festausschusses abgethan, ermahnt der Vorsitzende die Kollegen, stets auf dem Posten zu sein, wenn sie gerufen werden, auch zu erscheinen. Danach erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Haspe i. B. Unsere am 29. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Aus dem Jahresbericht, der vom Bevollmächtigten erstattet wurde, ging hervor, daß die Verwaltungsstelle einen Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen hat. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde der Kollege Mührmann zum Bevollmächtigten, zum Kassierer Hillebrecht, zum Schriftführer König und zu Revisoren die Kollegen Altenburg und Künke bestimmt. Der Gauleiter gab darauf einen kurzen Rückblick über die wichtigsten Ereignisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete im Jahre 1909. Er schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten, daß im neuen Jahre unsere Ziele die alten bleiben und jeder solle nach seinen Kräften mitarbeiten, damit wir im neuen Jahre unseren Zielen um etwas näher kämen. Zum Schluß ermahnte der Bevollmächtigte auch noch die Kollegen zur eifrigen Mitarbeit, dann würden die Kollegen die fürs Frühjahr geplante Lohnbewegung mit Erfolg durchführen können.

Hannau i. Schl. Am 16. Jan. fand unsere Generalversammlung statt, in welcher der Kassierer zuerst den Kassenbericht vom Jahre 1909 gab. Auch auf unsere Verwaltung habe die wirtschaftliche Krise ganz erheblich eingewirkt, denn der Kassenbestand beträgt am Schluß des Jahres 1909 159,02 Mk. gegen 239,51 Mk. am Schluß des Jahres 1908. Eine fleißige und intensive Agitation aller Mitglieder muß nun eintreten, um unsere Kasse im laufenden Jahre wieder zu stärken. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Bei der nun vorgenommenen Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Gustav Mielchen zum 1. und Emil Hering zum 2. Bevollmächtigten, als 1. Kassierer Paul Kieger, als 2. Max Koch, als Schriftführer Wihl, Koch und als Revisoren Noche, Böschel und Bergen gewählt. Die Kollegen Kieger und Hering wurden in das Kartell delegiert. Zweckes Ankauf eines Verbandshauses wurde beschlossen, 50 Mk. aus der Ortskasse dem Verbandsvorstand zu überweisen. Betreffs Erhebung des Extrabeitrages zu demselben Zweck stimmten die Anwesenden unter der Bedingung zu, daß dieser in vierjährlichen Raten à 25 Pf. zu zahlen sei. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, in allen Versammlungen immer so zahlreich zu erscheinen wie in dieser, erfolgte Schluß derselben.

Königsberg i. Pr. Unsere letzte Generalversammlung war außerordentlich stark besucht. Die Tagesordnung: Beitragsregelung und Beitrag zum Verbandshaus hatte eine große Zahl der Mitglieder auf die Beine gebracht, die sich sonst nie oder nur selten sehen lassen.

Den Kassenbericht gab Kollege Strunge und wurde ihm Entlastung erteilt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Seibel. Die Krise war auch im Jahre 1909 noch nicht überwunden. Die Agitation litt unter Mangel an Kräften; fast keine Mithilfe wurde von den Kollegen geleistet. Trotzdem steht das 4. Quartal günstiger als das erste. Der Markenumsatz ist im vierten Quartal bedeutend besser, als in den vorhergehenden. Auch die Mitgliederzahl hat sich um etwas erhöht, so daß wir aus der Krise ungeschwächt und innerlich sogar noch mehr gestärkt hervorgehen. Nun werden wir wieder zahlenmäßige Erfolge erringen; allerdings müssen dann die Kollegen etwas mitarbeiten.

Eine Debatte über den Geschäftsbericht fand nicht statt. Die Wahlen ergaben folgendes: Seibel 1. Bevollmächtigter, Stöckisch 2., Strunge 1. Kassierer, Koch 2., Klein Schriftführer; Krüger, Eggert, Kewhlen, Böbber, Deborat als Beisitzer; Drey, Spießwinkler, George als Revisoren, Drey, Lisch, George in den Vorstand.

Hierauf referierte Kollege Hoffbeck über die Beitragsregelung. Er legte zwei Anträge vor: 1. Ab 1. Februar eine Einheitsrate von 50 Pf. pro Woche einzuführen. Die Extramarke sollten dann wegfallen, ebenso die Saalbaumarken. Ferner zum Hausfonds (Verbandshaus in Berlin) einen Monatsbeitrag von 10 Pf. zu zahlen. Nach sehr langer und ziemlich lebhafter Debatte wurden beide Anträge abgelehnt.

Malchin. Am 23. Januar fand eine außerordentlich gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Der Gauleiter hatte das einleitende Referat übernommen: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Interessenvertretung der Arbeiter.“ Nedner schilderte die technische Entwicklung in Industrie und Verkehr seit den sechziger Jahren. So die Telegraphie, Weberei, Flaschenfabrikation, Herstellung von Bündelzern und Handwerkszeug, den Zeitungsdruk. Die Einführung von modernen Hebeapparaten bei Neubauten, bei großen Gebäuden, die Verdrängung der Holzbalken durch Eisen. Ferner das Verkehrswesen bei großen Entfernungen und im Ortsverkehr; die moderne Entladung der Kohlen-, Getreide- und Extratransportschiffe und kam zu dem Schluß, daß Technik und Wissenschaft, Handel und Verkehr sich gegenseitig zur Volkswirtschaft oder zum Betreten neuer Gebiete anreizen. Das Endziel gelte allerdings fast ausnahmslos dem Profit. Diese ruhelose Entwicklung bedinge besondere Interessenvertretung. Die Gesetzgebung mußte die Interessen der Arbeiter vertreten. Es wurden Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze geschaffen. Wenn irgendwo Verbesserungen unbedingt notwendig seien, dann hier. Nedner schildert dann die Interessenvertretung der bestehenden Klasse. Hier zeige es sich deutlich, wer viel Geld hat, hat viel Macht und Recht. Selbst auf strafrechtlichem Gebiete, wie uns der Fall der Gräfin Brede und der des Fürsten Eulenburg so drastisch gezeigt habe. Mit der Begründung, die

Interessen des deutschen Handels im Auslande wirksam vertreten zu können, hat die Reichsregierung mehrfach den Bau von Kriegsschiffen gefördert. Im Inlande werden Polizei, Regierung, Gerichte und auch das Militär zur Interessenvertretung der besitzenden Klasse herangezogen. Redner bespricht das Vorkommnis im Mansfelder Distrikt. Das Arbeiten der Gerichte — um Boykotts von Seiten der Arbeiter illusorisch zu machen, die Strafen bei sogenannten Streikvergehen, die vielfach auf behördliche Maßnahmen zurückzuführen sind, die Versammlungsmöglichkeit der Arbeiter etc. Die besitzende Klasse führt aber auch ihre Interessenvertretung direkt durch die großen Arbeitgeberverbände, die schwarzen Listen, die Zwangsarbeitsnachweise sprechen Wände. Redner kommt auf das Verlangen der Industriemitter bezüglich der Lehrvertretung auf der Universität und das Bestreben bezüglich der Reichstagskandidaturen zu sprechen. Ferner schildert er die Gründung von Arbeitervereinigungen, die die große Freiheit genießen, das zu tun, was ihnen vom Unternehmertum diktiert werde. Soweit Reichs-, Landes- oder Stadtverwaltung in Frage kommt, ist die besitzende Klasse oben auf. Redner stellt demgegenüber die Interessenvertretung der Arbeiter und zeigt trotz Steigerung derselben, daß wir uns immer noch im Hintertreffen befinden. Er forderte unermüdete Arbeit und Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter, da diese unsere Waffen für Interessenvertretung der Arbeiter bilden. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes: 1. Bevollmächtigter W. Schlapmann, Kassierer M. Niebziella, Schriftführer F. Krüger, Beisitzer D. Wiener und G. Koch. Aus Anregung des Kollegen Israel soll der Gründung einer Bibliothek näher getreten werden. Zumächst soll diese Frage jedoch in einer Kartellversammlung besprochen werden.

Offenbach. Am Dienstag, den 25. Januar 1910 fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Seitz erstattete den Jahresbericht; aus demselben war zu ersehen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein sehr ruhiges gewesen ist. Die Tarife wurden mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage nicht geändert. Das angefangene Jahr wird uns mehr Krämpfe bringen, wir müssen deshalb unsere Reihen stärken, um geschlossen den Kampf beginnen zu können. Der hiernach folgende Kassenbericht, welchen Kollege Müller gab, zeigte ein erfreuliches Bild des Vorkaufschreitens, trotzdem eine ganz bedeutende Summe Unterstufungen ausbezahlt wurde, (weit mehr als in den vorausgegangenen Jahren) ist unser Kassenbestand doch noch zufriedenstellend.

Der Markenverkauf ist jetzt geregelter, es sind nicht mehr so viel Rückstände zu verzeichnen, die Mitglieder gewöhnen sich, veranlaßt durch richtige Kassieren, an ordentliches Zahlen, mag es in Zukunft noch besser werden. Der Mitgliederbestand hat sich um 28 erhöht. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß sich unsere Mitgliedschaft von ihrer Schluppe in diesem Frühjahr, welche durch gewisse Praktiken, die früher in unserem Gau Mode waren, herbeigeführt wurde, wieder ziemlich erholt hat. Wir sind zwar langsam, aber stetig in die Höhe gegangen, trotz der auch bei uns sehr fühlbaren Krise. Die Fluktuation unter der Mitgliedschaft war sehr gering. In der Diskussion wurde von einem Kollegen bemängelt, daß der Gauleiter sich so wenig um uns kümmere, es scheine ihm mehr an den großen Ortsverwaltungen zu liegen, auch ließ man dabei durchblicken, daß immer noch eine Anzahl Kollegen vorhanden ist, auf die eine gewisse Person ihren Einfluß auszuüben scheint, mögen sich die Kollegen doch endlich einmal damit abfinden, denn fürs Gewesene gibt kein Mensch nichts mehr. Kollege Müller trat den Ausführungen seines Vorredners entgegen, indem er die Tätigkeit des Gauleiters schilderte, daß derselbe überhäuft sei mit Arbeit, hauptsächlich in den kleinen Ortsverwaltungen, damit endlich einmal geregelte geschäftliche Verhältnisse bei denselben eintreten. Denn die festeste Grundlage der Organisation ist ihr Kern, ihr innerer Organismus, ohne welchen sie nicht existieren kann.

Man schritt dann zur Wahl der Ortsverwaltung und es gab hierbei teilweise recht interessante Momente. Der Vorstand wurde bis auf einige Kollegen wiedergewählt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung „Unser neues Statut“ wurde zurückgestellt zur nächsten außerordentlichen Versammlung. Der Antrag des Vorstandes, der Hauptkasse 300 Mark aus der Lokalkasse zum Baufonds teilweise zu überlassen, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag des Hauptvorstandes, die Erhebung eines Extrabeitrages von 2 Mark wurde gegen vier Stimmen beschloßen. Hoffen wir, daß auch diese Kollegen sich in das Unvermeidliche fügen werden. Zum Schluß gab es noch eine kleine Lokalvereinsdebatte, durch einen Antrag des Kollegen Unkrath, und wird derselbe in der nächsten Versammlung hoffentlich seine Erledigung finden.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und mit Rücksicht auf die von einer Anzahl Kollegen beliebte Opposition dem Vorstande gegenüber, hatte die Versammlung besser besucht sein dürfen. Mögen es die Kollegen bei der nächsten Versammlung nachholen.

Pasing. In der am 8. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt; derselbe erzielte an Einnahmen 353,05 Mk., inf. Bestand 141,45 Mk., die Ausgaben betragen 187,80 Mk., bleibt somit ein Kassenbestand von 165,25 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 41. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr; in demselben wurden abgehalten 11 Mitgliederversammlungen, 1 öffentliche Versammlung, 3 Sitzungen und 8 Betriebsbesprechungen. Ein Tarif mit einer Lohnerhöhung von 2 bzw. 1 Mk. pro Woche und Erhöhung der Ueberstunden von 40 auf 60 Pf. wurde abgeschlossen. Die

Neuwahl des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigter Kollege Dürr, Kassierer Wandlinger, Schriftführer Schreyer, Revisoren Muck und Megele, Hilfskassierer Silbernagl, Peter und Rapp. Gewerkschaftsdelegierte Silbernagl, Joh. und Zilbauer. Ein Vortrag mußte wegen vorgerückter Abendstunde zurück gestellt werden. Kollege Ungern gab einen kurzen Rückblick auf das dreijährige Bestehen unserer Ortsverwaltung. Redner forderte die Anwesenden auf, in Zukunft ebenso fleißig und treu zu agitieren, um unsere Zahlstelle noch weiter auszubauen. Bestehen doch in Pasing noch Betriebe, in welchen die Kollegen täglich 16 bis 17 Stunden arbeiten müssen bei einem Verdienst von 17 bis 18 Mk. pro Woche. Auch die Behandlung der Kollegen läßt viel zu wünschen übrig. Leider stehen diese Kollegen uns noch fern; ihnen möchten wir zurufen: Organisiert Euch gewerkschaftlich und politisch, treiet dem Deutschen Transportarbeiterverband bei, nur dann wird es möglich sein, eure schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Ratibor. Unsere Generalversammlung tagte am 24. Jan. und nahm zuerst den Jahres- und Kassenbericht der Ortsverwaltung entgegen. Die Verwaltung liegt im letzten Jahre von 12 auf 20 Mitglieder. Hierauf wurden die Kollegen Julius Joscha zum Bevollmächtigten, Georg Reichel als Kassierer, Ernst Schima Schriftführer, Alois Mathen zum Revisor und Karlteilbelegierten, und Anton Kowal als dessen Stellvertreter gewählt. Zur Oberschlesischen Konferenz in Gleiwitz wurde der Kollege Reichel delegiert. Nachdem referierte ein Kollege über den außerordentlichen Verbandstag in Hamburg. Zum Schluß kamen noch verschiedene Verbandsangelegenheiten zur Sprache.

Reichenhall. In der letzten Mitgliederversammlung wurde der Vorstandsbericht gegeben. Demnach haben im vergangenen Jahre 2 öffentliche und 25 Mitgliederversammlungen, sowie 6 Sitzungen und Besprechungen stattgefunden. Aus dem Jahre 1908 wurden 849,91 Mk. als Kassenbestand übernommen. Mit diesem betragen die Gesamteinnahmen 3320,91 Mk., dem eine örtliche Ausgabe von 1066,83 Mk. gegenübersteht. In Unterstufungen wurden insgesamt 1483,44 Mk. ausgezahlt. Wünschenswert ist, daß unsere Versammlungen in Zukunft besser besucht werden. Es gilt ferner Aufklärung unter den Differenzen zu verbreiten, um diese der Organisation zuzuführen. Jeder Kollege muß ein Agitator für seinen Verband sein und für unsere Ideen arbeiten, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Stettin. Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Es wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Danach ist eine Einnahme von 2483,41 Mk. erzielt worden, der eine Lokalausgabe von 854,99 Mk. gegenübersteht. In die Hauptkasse wurden 1399 Mk. gesandt. Es verbleibt ein Kassenbestand von 1221,18 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dem Projekt des Vorstandes betreffs Schaffung eines eigenen Heims stimmte die Versammlung nicht zu. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß 24 Versammlungen und 12 Betriebsbesprechungen stattgefunden haben. Im ganzen wurden 210 neue Mitglieder gewonnen. Der Mitgliederbestand hat sich indes von 356 auf 401 gehoben. Im Verkauf der Beitragsmarken ergibt sich ein Mehr von 2299. In Unterstufungen wurden am Orte gezahlt auf Konto der Hauptkasse 2336,58 Mk., auf Konto der Lokalkasse 474,02 Mk.

Die Bibliothek besteht aus 160 Bänden, leider wurden davon nur 130 gelesen. Die alte Verwaltung wurde im wesentlichen wiedergewählt. Ebenso nach einem Bericht, der zur Zufriedenheit ausfiel, der Gauvorstand. Nach Erledigung einiger Internas trat dann Schluß der Versammlung ein.

Strasbourg i. El. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt wurde. Zum Geschäftsbericht hob der Geschäftsführer die aufopfernde Tätigkeit der Unterassistenten hervor, denen die Mitglieder durch Interesse und Entgegenkommen die Arbeit noch sehr erleichtern können. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht für das 4. Quartal 1909. Einer Einnahme von 1007,37 Mk. stand eine Ausgabe von 941,93 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 65,44 Mk. verbleibt.

Am Schluß des Jahres waren 209 Mitglieder zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach einer eingehenden Diskussion wurde die Zusammenlegung der beiden am Orte befindlichen Verwaltungsstellen einstimmig beschloßen. Nachdem erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Eine vorgenommene Sammlung für den erkrankten Kollegen Lenz ergab die Summe von 5,69 Mark. In bezug auf das Schreiben des Verbandsvorstandes betreffs Anschaffung eines eigenen Heims wurde beschloßen, den Extrabeitrag in Rate a 2 1/2 Pf. zu zahlen. Hierauf hielt der Kollege Knoblauch noch einen kleinen Vortrag über die Innehaltung des Schnapsboykotts. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen, forderte der Kollege Waltherr die Anwesenden auf, in der Agitation kräftig mitzuarbeiten und den künftigen Versammlungen dasselbe Interesse entgegenzubringen, wie der heutigen, damit am Orte die Kollegialität gepflegt und die Organisation die ihr gebührende Stärke erlange. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Wetzlar. Samstag, den 22. Januar fand eine öffentliche Transportarbeiterversammlung statt, welche sich eines verhältnismäßig guten Besuchs erfreute. Der Inhalt eines vorher verbreiteten Flugblattes, mit der Devise: „Mehr Steuern! — was tun?“ mag manchen Kollegen in die Versammlung getrieben haben. In Ergänzung des Flugblattes schilderte der Referent mit kurzen aber prägnanten Worten die traurige Lebenslage der Kollegen und ihrer Familien. Wie sie unter

dem rückständigen Kost- und Logiszwang, von einem ebenso rückständigen Unternehmertum, teilweise noch, wie recht- und schuldlos „Knechte“ behandelt werden. Wie sie inmitten alles Fortschrittes, bar aller Kultur, in bitterer Armut im tiefen Elend dahinvegetieren; zurechtgestoßen und getreten zu willigen und billigen Ausbeutungsobjekten für den Unternehmer, für die Kommune und für den Staat. Was ist zu tun in solcher Bedrängnis? Organisiert Euch, Kollegen! Holt den letzten Transportarbeiter herbei! Stellt Euch Schulter an Schulter zum gemeinsamen Kampf für die Euch entwendeten Rechte. In dem Maße, wie man dem Arbeiter die Lebensmittel verteuert, muß die Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und nicht zuletzt menschenwürdige Behandlung gefordert werden. Die heute vom Unternehmertum nicht beachteten Arbeiterschutzes müssen vermöge der Organisation nur durch und für Euch zur Beachtung gebracht werden. In der Diskussion waren verschiedene Fragen über Arbeiterschutz und Kündigungswesen zu beantworten. Zu letzterem scheint in Wezlar vollständige Willkür zu herrschen. Des weiteren wurde eine Unfallsache, welche durch Hufschlag herbeigeführt war, vorgebracht, in welcher dem Verletzten nicht einmal vergönnt war, seine Schmerzen zu fühlen, ohne dabei seine Stellung zu riskieren. Alles in allem ist in Wezlar Arbeit für eine Verursachung in Fülle vorhanden. Der Aufforderung zum Beitritt folgten mehrere Kollegen. Sorge nur jeder Organisierte für einen weiteren Mann, dann dürfte es bald besser werden.

Worms. Generalversammlung am 23. Januar. Dem Verbandsvorstand wurde empfohlen, das Mitglied Wilh. Kuh. aus dem Verbands auszuscheiden. Dann wurde der Kartellbericht gegeben; es wird empfohlen, daß unsere Kollegen mehr als bisher dem Konsumverein beitreten. Aus der Abrechnung, die der Kassierer gab, ist zu ersehen, daß Einnahmen und Kassenbestand zufriedenstellend sind. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß im vergangenen Jahre einige Lohnbewegungen mit Erfolg abgeschlossen werden konnten. Im Durchschnitt wurde eine Lohnzulage von 1,50 Mk. wöchentlich erzielt. Der Versammlungsbesuch muß besser werden. Die Beitragsregelung rief eine rege Diskussion hervor, es wurde beschloßen, den Beitrag von 40 auf 50 Pf. unter Wegfall der Streikmarke zu erhöhen. Hierauf erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung, die in der Hauptsache die Wiederwahl der alten Funktionäre ergab. Nach Erledigung einiger kleiner Internas trat dann Schluß ein.

Zweibrücken. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach einer anerkennenden Ansprache des Vorsitzenden gab derselbe den Bericht vom letzten Geschäftsjahr, der von den Anwesenden mit Beifriedigung aufgenommen wurde. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Vorstand und Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Dann gab der Vorsitzende den Kartellbericht. Ein Antrag, daß unsere Versammlungen jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden sollen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen die Verbandsfunktionäre, welche mit der Feststellung der Arbeitslosigkeit und der Berichterstattung über dieselbe betraut sind, darauf achten zu wollen, daß als zweiter Stichtag für die achte Woche im 1. Quartal d. J., der 26. Februar in Betracht kommt.

Eine neue Verwaltungsstelle des Verbandes wurde gegründet am 8. Februar 1910 in Bünde i. W. Als Vertrauensmann fungiert bis auf weiteres der Kollege Landwehr, Hermann, Südringstr. 96. Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Abschn. 7a und b des Verbandsstatuts die nachstehend bezeichneten Mitglieder: In Wetzlar: Dittich, G., Hpt.-Nr. 224 726. In Hamburg: Prien, Albert, Hpt.-Nr. 109 394. In Magdeburg: Soika, Gustav, Hpt.-Nr. 87 488.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen: In Groß-Berlin, Sektion 1: Dirchheim, Fritz, Hpt.-Nr. 61 877, eingetreten am 11. August 1908; Martini Richard, Hpt.-Nr. 61 683, eingetreten am 9. November 1899; Sievert, Herm. Hpt.-Nr. 53 512, eingetreten am 3. Oktober 1907. Sektion 4: Menzel, Paul, Hpt.-Nr. 41 750, eingetreten am 9. Februar 1905. In Chemnitz, Keimann, Wilhelm, Paul, Hpt.-Nr. 203 347, eingetreten am 9. Dezember 1906. In Gera: Fackler, Karl, Hpt.-Nr. 203 242, eingetreten in Chemnitz.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Fackler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brischle, Rummelsburg. Verlag der Buchhlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmich, Berlin, Adalbertstr. 37.

Mitglieder des Bezirks Groß-Berlin.

Achtung! Mitglieder! Achtung!

Am **Donnerstag, den 10. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr**, in **Kellers Festsaal, Koppenstr. 29**:

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Geschäftsbericht für das Jahr 1909. 3. Kassenbericht pro 4. Quartal 1909. 4. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 5. Geschäftliches.

Bei der hochwichtigen Tages-Ordnung dürfte ein wirklich zahlreicher Besuch als selbstverständlich zu betrachten sein. Mitgliedsbuch legitimiert! Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung.

Die am Mittwoch, den 18. Januar 1910 stattgefundene außerordentliche General-Versammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin hat sich mit der Frage: „Beschaffung eines eigenen Heims“ (Verbandshauses) eingehend beschäftigt und dann mit großer Majorität beschlossen: „1. Dem Ankauf der in Frage kommenden Grundstücke zuzustimmen und 2. daß jedes Mitglied, d. h. erwachsene männliche Mitglieder, einen einmaligen Extrabeitrag von 2 Mk., weibliche und jugendliche Mitglieder einen solchen von 1 Mk. und zwar in 1/4 resp. 1/2 jährlichen Raten à 50 Pfg. zwecks Schaffung eines Baufonds beizutragen haben.“ Als Quittung werden vom Hauptvorstand besondere Marken à 50 Pfg. herausgegeben, welche in nächster Zeit durch die angestellten Einkassierer, Zahlstelleninhaber und Betriebsvertrauensleute zur Ausgabe gelangen.

Wir betrachten es als Ehrensache eines jeden Mitgliedes der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, daß es den vorgeführten Beschluß beachtet und die Hausfondsmarken mindestens je eine pro Quartal entnimmt.

Mitglieder aus allen Branchen!

Die Bezirksverwaltung hält sich für verpflichtet, von dieser Stelle aus ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß in letzterer Zeit eine ganze Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Branchen, welche um Gewährung von Kranken- oder Arbeitslosen-Unterstützung eingekommen sind, deshalb abgewiesen werden mußten, weil die Betreffenden mit ihren Beiträgen über die laut Statut vorgeschriebene Frist im Rückstande waren. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, darauf achten zu wollen, daß Ihre Beiträge stets pünktlich entrichtet werden, damit sie ihre erworbenen Rechte am Verbandsamt nicht verlieren.

Alle Mitglieder, welche krank oder arbeitslos werden, haben das Recht, sich ihre Beiträge während dieser Zeit abstempeln zu lassen, vorausgesetzt, daß dieselben in Krankheitsfällen die hierzu erforderliche Bescheinigung von der Krankenkasse oder vom Arzt beibringen resp. bei Arbeitslosigkeit sich der laut Verbandsstatut (siehe Arbeitslosen-Reglement) vorgeschriebenen Kontrolle unterziehen.

Diese Vorschrift wird vielfach von den Mitgliedern nicht befolgt. Sehr oft kommt es vor, daß in solchen Fällen die Frist von 10 Wochen überschritten wird, so daß die Betreffenden vielfach erst nach 18, 22, ja selbst nach 30 Wochen Beitragsrückstand an ihre Pflichten denken, wo es dann selbstverständlich zu spät ist. Der Wert und die Notwendigkeit der Organisation wird leider dann erst wieder richtig erkannt, wenn die Betreffenden vereinzelt und verlassen dastehen.

Es liegt nach alledem im ureigensten Interesse aller Mitglieder, ihre Pflichten dem Verbandsamt gegenüber pünktlich zu erfüllen. Aber auch im Interesse einer ordentlichen Buch- und Kassenführung ist die pünktliche Beitragsentrichtung eine unbedingte Notwendigkeit. Bemerkte sei noch, daß unsere Kollegen Einkassierer sowohl, als auch die Zahlstelleninhaber von uns angewiesen worden sind, von jetzt ab restierende Beiträge über 13 Wochen hinaus nicht mehr anzunehmen. In solchen Fällen sind die betreffenden Mitglieder verpflichtet, sich an die Verwaltung zu wenden, welche über die Annahme der restierenden Beiträge und den event. sonst erforderlichen Anweisungen resp. Vorschriften einen Beschluß herbeizuführen hat.

NB. Um unnötige Streitigkeiten mit den Kassierern und Zahlstelleninhabern etc. zu vermeiden, weisen wir nochmals darauf hin, daß im Jahre 1909 53 Wochenbeiträge zu entrichten sind.

Ferner ersuchen wir jedes Mitglied, in seinem Mitgliedsbuch auf der ersten Seite (d. h. der Titelseite) unter der Rubrik „Eigenhändige Unterschrift“ in allen Mitgliedsbüchern, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, den Namen eigenhändig einzutragen.

Sonntagsruhe.

Viele Kollegen und Kolleginnen, welche im Handelsgewerbe ihre Beschäftigung haben, sind heute noch gezwungen, Sonntagsarbeit zu verrichten. Dies ist lediglich darauf zurückzuführen, daß gerade viele Arbeiter ihre Einkäufe in Bezug auf Kleidungsgegenstände des Sonntags besorgen. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das Ersuchen, ihre diesbezüglichen Einkäufe an den Wochentagen zu erledigen. Wenn dieser Appell von allen Arbeitern beachtet wird, werden die Unternehmer sehr bald einsehen, daß das Aufhalten der Läden des Sonntags überflüssig wird und unsere hier in Frage kommenden Kollegen würden die langersehnte Sonntagsruhe dadurch eher erzielen.

Unterstützt deshalb alle um die Sonntagsruhe kämpfenden Kollegen und Kolleginnen!

Am **Sonnabend, den 26. Februar 1910**, findet in sämtlichen Räumen des **Volkshauses, Charlottenburg, Rosinenstr. 8**, ein

Großer Wiener Maskenball

statt, wozu die Mitglieder aus Charlottenburg, NW., sowie den westlichen Vororten, besonders eingeladen sind.

Billet 50 Pfg.

Anfang 9 Uhr.

Demaskierung 12 Uhr.

Billet 50 Pfg.

Da in jeder Weise zur Unterhaltung der Gäste beigetragen wird, erwartet zahlreichen Besuch

Das Komitee.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Hausdiener und Packer aus der Damen-, Herren-, Pelz-, Kinder- und Blusen-Konfektionsbranche.

Montag, den 7. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1.

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwartet pünktliches Erscheinen sämtlicher Berufskollegen

Die Sektionsleitung.

Kutscher, Packer, Packerinnen, Hausdiener, Hof-, Lager-, Hilfsarbeiter etc. der Chemikalien-, Pharmazeutischen-, Farben-, Parfümerie-, Seifen- und Apothekenbranche.

Am Sonntag, den 27. Februar 1910, vormittags 10 Uhr, im „Engl. Garten“, Alexanderstraße 27 c.

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Der bevorstehende Zusammenschluß der Hausdiener, Seelente und Transportarbeiter und Stellungnahme zum außerordentlichen Verbandstag in Hamburg. Ref.: Koll. R. Mithahn. 2. Diskussion. 3. Anträge zum außerordentlichen Verbandstag. 4. Erziehungswahl zur Branchenleitung.

Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir Massenbesuch!

Die Branchenleitung.

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus der Wäschefabrikation und Konfektion.

Am Montag, den 21. Februar 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale von Bock, Klosterstraße 101.

Nähen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. August Schmahli: „Der Zusammenschluß unseres Verbandes mit den Verbänden der Hafnarbeiter und Seelente“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen jedes Einzelnen unbedingt erforderlich.

Keiner bleibe der Versammlung fern. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Branchenleitung. J. A.: Walter Wandrey.

Hausdiener und Kutscher aus den Wäscheverleihgeschäften Berlins!

Laut Beschluß der letzten Vertrauensleute-Sitzung finden die Abstempelungen jetzt jeden letzten Montag im Monat statt.

Die nächste Abstempelung findet am Montag, den 28. Februar 1910, abends 7½ Uhr, im Saal 10 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, statt. Spätere Abstempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen unbedingt vorgelegt werden. Wer länger als 6 Wochen rückständig ist, erhält keinen Stempel. Beiträge können am Eingange bezahlt werden.

Fahrstuhlführer und Portiers.

Kollegen! Da uns schon verschiedentlich Klagen und Beschwerden über Mißstände an Fahrstühlen zugegangen sind und wir in einigen Fällen schon die Polizei und den Dampfessel-Überwachungsverein zwecks Abhilfe dieser Uebelstände angerufen, bringen wir erneut den Kollegen unseren Versammlungsbericht in Erinnerung, uns jeden Fall mitzuteilen, wo nicht nach der neuen Polizei-Verordnung gehandelt wird.

Alle Beschwerden sind an den Kollegen

Carl Lenbe

ED. 36,

Heidelbergerstr. 86

zu richten.

Kassierer und Kassenboten.

Am Donnerstag, den 24. Februar 1910, abends 8 Uhr, findet im Lokale von W. Sahn, Linienstraße 78 (Ecke Rosenthaler Tor) unsere

Branchen-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Kollegin Schulz, Frankfurt a. M. 2. Diskussion. 3. Abstempelung der Legitimationskarten und Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der reichhaltigen Tages-Ordnung erwartet einen zahlreichen Besuch

Die Branchenleitung. J. A.: Fr. Luckow.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Kutscher und Lagerarbeiter aller Branchen!

Der Streik bei der Firma A. Gutschow, Friedrichstraße 234, dauert unverändert fort. Die dort zur Zeit beschäftigten Kutscher und Lagerarbeiter sind Streikbrecher.

Laut Versammlungsbeschluß vom 10. Februar ist die Firma Gutschow gesperrt. Kein organisierter Kollege darf dort in Arbeit treten

Kollegen! Agitiert eifrigst für strikte Durchführung dieses Beschlusses.

Die Sektionsleitung.

Mitglieder aus allen Brauereibetrieben Berlins.

Am Sonntag, den 27. Februar, nachm. 1½ Uhr:

Große Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal IV, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Branchenleitung pro 1909. 2. Neuwahl derselben. 3. Geschäftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Geschäftskutscher, Lagerarbeiter, Arbeiterinnen, sowie Wäschekutscher!

Am Sonntag, den 27. Februar 1910, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenleitung. — 2. Neuwahl der Branchenleitung und der Gruppenführer. — 3. Mitteilungen aus unserem Beruf. — 4. Verschiedenes.

Wir erwarten, daß unsere Kollegen und Kolleginnen vollständig erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.

Die Branchenleitung.

Kutscher der Schmalz- und Fettwarenbranche.

Am Sonntag, den 20. Februar, abends 6½ Uhr:

Versammlung mit Frauen

im Landsberger Kasino, Landsbergerstr. 89.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Gruppenleitung.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Mineralwasserfabriken, Grossdestillationen, Wein- und Bierversandgeschäften Gross-Berlins.

Am Donnerstag, den 17. März, abends 8½ Uhr:

Große Monats-Versammlung mit Frauen

im Rest. Aug. Sahn, Linienstr. 78 (am Rosenthaler Tor).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Richard Nürnberg über: Die Reichsversicherungsreform. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches, Aufnahme neuer Mitglieder, Ausgabe und Abstempelung der neuen (grünen) Legitimationskarten für unsere Kollegen Kutscher.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller, auch der Organisation noch fernstehenden Kollegen dringend notwendig.

Legitimationskarten können nur bei Vorlegung der Mitgliedsbücher abgestempelt werden. Erscheint in Massen!

Die Branchenleitung.

Fräse-, Hobel- und Schneidemühlens-Kutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend!

Am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr:

Große Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Arbeitsnachweissaal, 8. Trp.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu dem Beschluß der Betriebsvertrauensleute vom 18. Februar, bezüglich Durchführung unserer Lohnforderungen und Beschlußfassung. 2. Tätigkeitsbericht der Branchenleitung und Neuwahl derselben.

Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen!

Die Branchenleitung.

Fensterputzer-Branche.

Am Mittwoch, den 23. d. M., abends 6 Uhr, im Feuerschein's Festsaal (Znh. A. Kube), Alte Jakobstr. 75:

Grosse Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen jedes Einzelnen unbedingt notwendig.

Keiner darf fehlen!

Die Branchenleitung.

Sektion IV.

Kraftdroschkenfürer!

Kraftwagenführer aus den Geschäfts- und Privatbetrieben!

Unsere regelmäßigen Monats-Versammlungen finden von jetzt ab im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, wie bisher an jedem ersten Mittwoch im Monat statt.

Die nächste

Branchen-Versammlung

findet am Mittwoch, den 2. März cr., abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, statt.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.

Da durch die neuen Gesetze und Verordnungen in unserem Berufe sehr wichtige Fragen auf der Tages-Ordnung stehen, ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Die Branchenleitung.

Auf allgemeinen Wunsch unserer Mitglieder veranstaltet die Sektion IV am Freitag, den 25. Februar 1910, abends 9 Uhr, im großen Saal der „Germania-Säle“, Chausseest. 110:

Ein Rosenfest der Riviera

mit großen Überraschungen, freier Tanzmusik etc.

Billets à 50 Pfg. sind im Bureau, Engel-Ufer 15, 2 Tr., Zimmer 43-44, und bei den Mitgliedern der Sektionsleitung zu haben.

Da die Sektionsleitung zur Verschönerung dieses Festes weder Kosten noch Mühe scheut, wird eine zahlreiche Beteiligung erwartet.

An alle Kollegen Kraftwagenführer!

In nächster Zeit werden verschiedene große öffentliche wie auch Bezirksversammlungen, welche sich durch eminent wichtige Berufsfragen notwendig machen, von uns einberufen.

Es gilt, gegen behördliche Ubertreibung und Rücksichtslosigkeit Protest zu erheben.

Wir erwarten, daß alle Kollegen dafür Sorge tragen, auf unseren Ruf besonders die öffentlichen Versammlungen imposant zu gestalten. Alles Nähere wird durch Plakate und Handzettel bekanntgegeben

Die Sektionsleitung.

Kraftwagenführer aller Branchen.

Am Dienstag, den 22. Februar, abends 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 3, eine

Vertrauensmänner-Sitzung

statt.

Da sehr wichtige Berufsfragen auf der Tages-Ordnung stehen, ist es Pflicht aller Kollegen, dafür zu sorgen, daß jeder, auch der kleinste Betrieb, mindestens einen Vertreter zu dieser Sitzung entsendet. Vertreter aus den Kleinbetrieben sind hierbei besonders interessiert und eingeladen.

Die Branchenleitungen.

Berliner Lokales.

Ein Kraftdroschkenfürer wird als Zeuge gesucht, welcher am 24. November 1909, vormittags 8½ Uhr von einem Portier nach der Klopstockstr. 19 geholt, eine kranke Frau vermittelst Stuhl aufgenommen und dieselbe nach Altonaerstr. 7 gefahren hat. Betreffender Fahrer wird gebeten, seine Adresse abzugeben bei Jensen, Altonaerstr. 7, Hof pt. rechts oder im Bureau, Engel-Ufer 15.

30 Mark Belohnung. Der Droschkenfürer, welcher am 8. Januar, früh 5 Uhr, von einem Herrn bei einer Fahrt von Café Royal nach Ringbahnhof Rixdorf mangels Zahlung eine goldene Remontoir-Uhr nebst goldener Kette und Verloque zum Pfand erhalten hat, wird höflichst gebeten, diese Gegenstände in Rixdorf, Knebeckstr. 146a beim Wirt gegen obige Belohnung abzugeben.

In der Nacht vom 7. bis 8. d. Mts. ist eine Andrehfurbel vom N. N. G. - Wagen verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei H. Sorgenfrei, Wilmersdorf, Polsteinschestr. 6, Dugde. 4 Tr., abzugeben.

Am 27. oder 28. Januar hat ein Herr einen N. N. G. - Wagen längere Zeit benutzt, zuletzt sollte derselbe am Kriegsministerium warten, ist jedoch nach einer Stunde nicht mehr zu finden gewesen. Die Adresse des Fahrgastes ist durch Fritz Klaußfle, Friedenau, Hertelstr. 3, zu erfahren.

10 Mark Belohnung! Am Freitag, den 2. Februar mittags in einem Auto von Bendlerbrücke bis Unter den Linden Damenregenschirm mit weißem Griff und vergoldetem Knopf stehen gelassen. Mitteilung unter N. N. 1399.

Steglitz! Gross-Lichterfelde! Zehlendorf!

Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 5 Uhr,

Gr. Versammlung mit Frauen

im Lokale Schellhase, Steglitz, Alhornstr. 15a.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. W. Steinicke: „Welchen Wert hat für uns die Berufsorganisation.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

In Anbetracht der wichtigen Versammlung ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich. Kollegen, welche dem Verbands noch nicht angehören, sind als Gäste sehr willkommen.

In dieser Versammlung können Beiträge bezahlt, sowie Neuaufnahmen gemacht werden.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Die Distriktskommission der westlichen Vororte.

J. A.: Otto Schenk,

Schöneberg, Oberstr. 89, Duergeb. 4 Tr.

An die Mitglieder sämtlicher Branchen aus dem Distrikt Rixdorf, Britz, Treptow und Umg.

Sonntag, den 27. Februar 1910, abends 6 Uhr, findet im Lokal von Gellert, Rixdorf, Steinmehlestr. 93, eine

Grosse Versammlung

der Kollegen Kutscher, Mitfahrer etc. aus sämtlichen Fuhretrieben von Rixdorf, Britz, Treptow usw. statt, wozu dieselben hiermit freundlichst eingeladen sind.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche. Referent: Kollege Rehlert. 2. Diskussion.

Bei der wichtigen Tages-Ordnung wird erwartet, daß die Kollegen sich wirklich zahlreich einfinden.

Die Distriktskommission. J. A.: Franz Mohr.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brüsche, Rummelsburg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Alalbertstr. 22